

■ 56 Jahre danach

Wir erinnern an den DDR-Geburtstag und an ihre vom MARODE-Institut akribisch analysierten Fehler und Misere wie ABF, Bananenmangel, Kinderkrippen, Hochseeflotte ... **Seite 3**

■ 7. Oktober 1905: Eine neue Burg

Das Leipziger Neue Rathaus feiert heute den 100. Jahrestag seiner Einweihung. Gebaut in einer Zeit aufstrebender Stadtentwicklung, sah es Höhen und Tiefen in der neueren Geschichte. **Seite 7**

■ Dok-Droge Wirklichkeit

Leipziger Festival seit 50 Jahren auf der Suche nach Antworten, Normalität und Besonderem **Seite 8–9**

Schnittmengen-Suche



Zeichnung: Marco Götze

Rot und Schwarz

Das Fernsehduell Schröder-Merkel hatten wir Duett genannt, und die Berechtigung dafür bestätigt sich jeden Tag deutlicher. Alles scheint auf eine Rot-Schwarze Koalition hinauszulaufen (wobei Rot hier nur eine unverbindliche Verbeugung vor einer längst verblichenen Vergangenheit der SPD symbolisiert). Rot also und Schwarz – nicht nur im Roulett Antipoden, sondern auch bis zum letzten Tag des Wahlkampfes –, wie soll das nun gehen?

Es geht. Sachsen hat es erst vor einem Jahr gezeigt. Es war nicht schwer, dieses Rot anzuschwärzen. Und im Grunde genommen gab es die große Koalition in den entscheidenden Fragen der Politik auch auf Bundesebene schon längst.

Auslandseinsätze der Bundeswehr, Hartz IV, die unsoziale Gesundheitsreform und manches andere ist in grundsätzlicher Übereinstimmung gemeinsam beschlossen worden. Immer nur ging der Streit – jeweils mit großem Theaterdonner – um Details, um taktische Varianten, um möglichst öffentlichkeitswirksamen Verkauf übler politischer Entscheidungen. Und so wird es auch bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen sein.

Ob dieses Rot oder ob Schwarz am Ende die Nase etwas weiter vorn hat als der andere, ist dann kaum mehr von Belang.

Vielleicht hat das nahende Ende der Scheingefechte, der gestenreichen Schuldzuweisungen und des ständigen Eigenlobs, das bessere Konzept für Deutschland zu haben, auch etwas Gutes. Die Nebel lichten sich. Bisher betonte Konturen verwischen sich und das wirkliche Rot, die wirklichen Alternativen können deutlicher hervortreten. Die gestärkte Linke hat hier ihre Chance.

• GÜNTER LIPPOLD

Nach den Wahlen (1): Krise

Die gegenwärtige Krise der Regierungsbildung in Deutschland ist nicht schlechthin Ausdruck einer durch die Wahlen entstandenen Patt-Situation. Sie widerspiegelt vielmehr die tiefe Krise unserer Gesellschaft. Ihre herrschenden Kräfte sind bestrebt, die sozialen Konflikte mit einem „weiter so“ – nur geringfügig variiert – in den Griff zu bekommen. Aber über die konkrete politische Strategie herrscht angesichts der verfahrenen Situation große Uneinigkeit. Wohin man blickt, herrscht Ratlosigkeit, über die weder Schröders trotzig bekundeter Optimismus noch Merkels aufdringlicher Führungsanspruch hinwegtäuschen können. Die bisher alternierend regierenden Kräfte können einfach nicht mehr, finden sich doch beide – Union und SPD – auf der Verliererstraße, während die tatsächliche Opposition zwar deutlich gestärkt ist, aber zur Zeit noch längst nicht in der Lage, maßgebenden Einfluss auf die Politik auszuüben. Andererseits sind die Linken auch auf Bundesebene nicht mehr zu ignorieren, und sie haben die besten Chancen, ihr Potenzial in der neuen Legislaturperiode zu entfalten.

Nachdem sich SPD und auch Grüne bei der Durchsetzung einer neoliberalen Politik verschlissen haben, sind beide zu wirklicher Opposition gegen Schwarz-Gelb kaum mehr in der Lage. Die Krise ist nur auf neuen Wegen zu überwinden – mit den Impulsen und den Kräften, die von der linken Flanke des Parlaments und der außerparlamentarischen Bewegung kommen.

Nach den Wahlen (2): Synergie

Das Zusammengehen der Linkspartei.PDS und der Linken der WASG hat sich bei der Bundestagswahl nicht nur nach Formel $a+b=c$ deutlich ausgezahlt, sondern ein „c plus“ ergeben. Viele Wähler, namentlich im Westen, haben mit feinem Gespür wahrgenommen, dass hier etwas Neues, Zukunftsfähiges begonnen hat, dass eine bisher nicht mehr gekannte soziale Kraft sich anschickt, wirksam Politik mitzugestalten. Denn zur Addition der Potenziale ist noch ein Faktor hinzugekommen, die Synergie – das Zusammenwirken setzt Kräfte frei und erhöht Ausstrahlung und Wirksamkeit. Das erinnert an die Parabel „Das Bündel Stäbe“ eines altgriechischen Dichters, in der ein Vater seinen Söhnen demonstriert, dass ein Bündel Stäbe unzerbrechlich, jeder einzelne Stab aber leicht zu knicken ist. Synergieeffekt heißt hier aber auch, dass die neue politische Kraft, wenn sie sich noch fester zusammenschließt und einer klaren politischen Linie folgt, auch in der Lage ist, mit weiteren progressiven Gruppierungen erfolgreich zu kooperieren und so eine immer breitere soziale Bewegung in Gang zu setzen. Wie auch immer künftige Koalitionsvereinbarungen aussehen – sie brauchen diese Gegenkraft.

Nach den Wahlen (3): Vereinigung

Die neue Situation der Linken drängt zum organisatorischen Zusammenschluss der Linkspartei.PDS und ihres Partners Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG). Das Kunststück wird jetzt darin bestehen, zwei Dinge zur gleichen Zeit und gleich intensiv zu betreiben: sich auf gemeinsame politische Strategien und Grundsätze, Organisationsformen und Leitungsgremien zu einigen und zugleich den politischen Kampf um soziale Gerechtigkeit – im Bundestag und auf allen Ebenen des politischen Lebens – gemeinsam mit allen progressiven Kräften und in aller Öffentlichkeit zu organisieren. Die Einheit muss in diesem Kampf wachsen. Der gemeinsame Kampf macht es leichter, zur Übereinstimmung in vielleicht heute noch divergierenden Standpunkten zu finden. Ein umgekehrter Weg würde eher Schwierigkeiten aufürmen und zu politischer Lähmung führen.

Lenin zitierte 1923 – Voraussetzungen und bisherige Schritte sozialer Umwälzung in Russland resümierend – Napoleons Maxime „On s'engage et puis ... on voit“ – etwa: „Zuerst stürzt man sich ins Gefecht, das weitere wird sich finden.“ Selbstverständlich muss es von Beginn an ein Minimum an grundsätzlicher Übereinstimmung geben, aber das war ja bereits weitgehend mit dem gemeinsamen Antreten zur Bundestagswahl gegeben. Es wäre unfruchtbar, erst in allen Fragen der Strategie und Taktik eine völlige Einigkeit herstellen zu wollen. Die gibt es ja innerhalb der Linkspartei.PDS auch nicht. Man stürze sich also ins Gefecht ...

• KURT RECHT



Foto: Märker

Leipzig mit breitem antifaschistischem Bündnis und friedlichem Widerstand

Worch zum Rückzug gezwungen

Peter Porsch forderte vom Justizminister die Zurechtweisung von Polizeichef Müller

LN. Der Marsch von etwa 200 Rechtsradikalen unter Führung des Hamburger Neonazis Worch am 1. Oktober Richtung Connewitz endete schon nach gut einem halben Kilometer hinter dem Hauptbahnhof. Bis zu 1500 Gegendemonstranten versperrten ihnen den Weg, Hunderte bildeten eine Sitzblockade, die die Polizei nicht aufzulösen versuchte. Nach stundenlangem Konfrontation in strömendem Regen traten die Neonazis den Rückzug an. Die Polizei sprach von einem friedlichen Verlauf, nur 30 Personen wurden festgenommen.

Entscheidend für diesen Erfolg war – nach jahrelanger Zersplitterung der Kräfte – ein breites Bündnis Leipziger Antifaschisten. Erstmals seit 2001 tragen SPD, Linkspartei und Grüne gemeinsam ein Protestbündnis. Zur Verhinderung des Neonazi-

Marsches trug auch bei, dass diesmal das sächsische Obergericht in Bautzen den Einspruch Worchs gegen die von der Stadt Leipzig vorgeschriebene Demonstration route ablehnte.

Der friedliche Verlauf ist aber auch das Ergebnis einer konsequenten Zurückweisung des geplanten Vorgehens der Leipziger Polizei. Deren Chef Rolf Müller hatte auf einem Forum behauptet, Sitzblockaden seien illegal. Peter Porsch Vorsitzender der Linksfraktion.PDS im Landtag, forderte Innenminister de Maizière auf, die Leipziger Polizeiführer auf den Boden von Recht und Gesetz zurückzuführen. Er verwies darauf, dass das Bundesverfassungsgericht wiederholt festgestellt hat, Sitzblockaden seien nicht als unfriedlich einzuschätzen, und zitierte ein Urteil aus dem Jahr 1992: „Auch Sitzblo-

ckaden genießen den Schutz der Versammlungsfreiheit.“ Porsch dazu: „In diesem Sinne und somit in vollständiger Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und dem Bundesverfassungsgericht habe ich zusammen mit anderen den Aufruf zum friedlichen Protest gegen den erneuten Aufmarschversuch von Neonazis in Leipzig unterstützt. Die Äußerungen des Leipziger Polizeichefs widersprechen der Rechtslage und sind damit illegal.“

Angeheizt wurde im Vorfeld die Lage auch von der LVZ, die die Legende von den „mehr als 1000 gewaltbereiten Steinewerfern“ auf der Seite der Antifaschisten kolportierte und damit offensichtlich friedliche Demonstrationen abzuschrecken trachtete. Der Verlauf des 1. Oktober stärkte die Hoffnung die Aufmärsch von Neonazis ganz aus der Stadt zu verbannen.

Worch musste abziehen, weil 1500, vorwiegend junge Menschen den Aufruf „Sitzen bleiben!“ der Initiativgruppe 3. Oktober unterstützten und im strömenden Regen mehr als vier Stunden den Friedrich-List-Platz blockierten. Keine Steinewerfer, keine gewaltbereiten Krawalltouristen prägten diese Blockade, sondern es war der Wille der Demonstranten, aktiv, friedlich und solidarisch, Worch und seinen Kameradschaften die Stirn zu bieten. Diese Blockade war gut vorbe-

Über vier Stunden Blockade

reitet: Man traf sich im LinXX-net, ATTAC war aktiv, das Friedenszentrum Leipzig e.V. verfasste einen Brief an den OBM und an die Einwohner der Stadt. Ein Workshop zur Vorbereitung der Sitzblockade fand statt und es gab konkrete Info-Blätter. Radio Blau berichtete fortlaufend über den Stand der Dinge. Die Jugend der Linken.PDS Sachsen hatte vor Ort einen

Lautsprecherwagen postiert. Der Auftritt der „Apfelfront“ war ein Knaller. Obgleich die Älteren unter den Demonstranten eine Minderheit darstellten, waren sie doch wichtig für die friedliche Atmosphäre.

Eine Anmerkung noch zur Polizei: Lange trugen die Einsatzkräfte keine Schutzhelme, Wasserwerfer waren nicht zu sehen. Es gab keinen Ansatz die Straße zu räumen. Dies gibt Leipzig hoffentlich auch in Zukunft Mut.

• UTA BETTZICHE,
PETER VONSTEIN

Am Sonntagabend war der Blick auf Dresden gerichtet, obwohl klar war, dass hier mit der Nachwahl zum Bundestag im Wahlkreis 160 nichts Entscheidendes mehr bewegt werden konnte. Insbesondere die Regierungsanwärter wollten noch einmal Signale für ihren Führungsanspruch zu setzen. Die Resultate bewegen sich weitgehend im Rahmen der allgemeinen Erwartungen. Das Direktmandat ging an die CDU.

Dresden, Wahlkreis 160:

Keine Überraschung

Sie gewann damit ein Bundestagsmandat hinzu. Die Zweitstimmen verteilten sich die prozentual wie folgt: SPD 28,0, CDU 24,4, Linkspartei.PDS 19,8, FDP 16,6, Grüne 7,1. Die relativ hohen Werte der FDP und die Einbußen der Union

erklären sich aus der Taktik der CDU, die zuletzt nur noch um die Erststimme gekämpft hatte, um ihre Überhangmandate nicht zu gefährden. Das kam der FDP zugute. Damit ist die Wahl zum Bundestag abgeschlossen. Die Nachwahl bedeutet faktisch 14 Tage Zeitgewinn für die Verhandlungspartner, die sie auch dringend benötigen, um die weitgehend verfahrenen Situation bei der Regierungsbildung zu meistern. (LN)



Ach ja, dachte ich,

wirklich lieb von der Bremer Bürgerschaft, ihrer Matrosen und sonstigen Reisenden mit so einer überdimensionalen Inschrift an einer Hausfront direkt am Altmarkt zu gedenken.

Doch bei näherem Hinsehen fand sich das Kleingedruckte. Man wollte bloß derer im Osten, und auch nur deren männlicher Hälfte gedenken, die durch die deutsche Teilung usw. usf.

Diesem Sonnentag meiner gedenkensmäßigen Ausgrenzung als Schwester, für die ich dann doch dankbar war, ging ein vernieselter Herbstabend voraus, über den bloß eine gemütliche Kneipenecke hinweghelfen konnte. In ihr saß bereits ein junges Paar, aus Solingen wie sich herausstellte. Es war nicht abgeneigt, sich mit zwei ewig politisierenden Ostdeutschen einzulassen. Und so kurz vor dem über uns gekommenen Feiertag des 3. Oktober konnte das Stichwort „deutsche Teilung“ kaum ausbleiben. Der junge Mann, vielleicht Mitte 30, fragte mehr als er es sagte: „Da steckten doch seinerzeit auch bloß die Amis dahinter?!“

Also erzählten wir von deren spätem, viel zu spätem Kriegseintritt, von Jalta und der Angst der Westalliierten, in diesem Befreiungskrieg nicht mehr genug Lorbeeren und anderes abzukriegen, wir sprachen vom Morgenthau- und anderen Plänen aus den USA, Deutschland zu zerstückeln, verschwinden zu lassen und waren so ganz natürlich bei Adenauer angelangt. Die beiden Solinger lauschten, nichts von alledem hatten sie so je gehört.

Adenauer?, fragte der junge Mann nun doch etwas irritiert. Und wir erzählten weiter, von der separaten Währungsreform der drei Westmächte, die der erste und sehr wirkungsvolle Schritt zur Teilung Deutschlands war, von der Gründung der BRD (und dass der Freistaat Bayern das deutsche Grundgesetz bis heute nicht ratifizierte), von der erst vier Wochen später erfolgten DDR-Gründung, von der sowjetischen und ostdeutschen Initiative, die Teilstaaten über gesamtdeutsche Wahlen wieder zu vereinigen, von den Agitatoren aus der DDR, die kreuz und quer durch die BRD reisten und für ein atomwaffenfreies geeintes Deutschland außerhalb

von Militärbündnissen warben (auch der Warschauer Pakt war ja nur eine Antwort auf die Gründung der NATO), wir sprachen von der starken westdeutschen Bewegung in den 50ern gegen die Wiederaufrüstung, von den zahlreichen verurteilten und bis heute nicht rehabilitierten westdeutschen Bürgern, die sich für ein wiedervereinigtes Deutschland einsetzten. Und dann schließlich zitierten wir den alles beendenden Satz Adenauers: „Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.“

Das Gespräch plätscherte allmählich in ruhigere Fahrwasser, aber immer wieder hob der junge Mann sein Glas, sah entgeistert hinein und uns an und murmelte: „Also, das mit dem Adenauer, das haut mich um. Davon hatte ich ja keine Ahnung.“

Am Tag darauf dann Bremen und vor der großen Inschrift saßen vielleicht hundert Bürger bei Bier oder Kaffee – und wer von ihnen wusste wirklich, wie es zur deutschen Teilung kam und wer die viel mehr wollte als ein geeintes Deutschland?

• MAXI WARTELSTEINER

Eines der jüngsten Produkte auf dem Büchermarkt ist das „Große Buch der DDR-Fehler“, das kurz vor dem 56. Gründungstag der DDR erschien und verständlicherweise Aufsehen erregte. Zum einen: Wer hält diesen unrunden „Geburtstag“ einer Würdigung für wert? Und: Das *Spotless*-Taschenbuch ist nur 96 Seiten stark und das wirft die Frage auf, ob auf so knappem Raum (und einem Preis von 5,10 Euro) tatsächlich alle Fehler der DDR aufzulisten sind? Der kein Risiko scheuende Autor Justus von Denkmann stellte obendrein eine Rubrik an die Spitze, die den Titel trägt: „Allgemeine Fehler, die noch vor der Gründung der DDR begangen wurden“ und wagte es, darin sogar Lenin zu zitieren: „Mag die korrupte bürgerliche Presse jeden Fehler, den unsere Revolution begeht, in die Welt hinausposaunen. Wir fürchten unsere Fehler nicht. Mit dem Ausbruch der Revolution sind die Menschen nicht zu Heiligen geworden. Jahrhundertlang unterdrückt und eingeschüchtert, niedergehalten in Not, Unwissenheit und Verwilderung, können die werktätigen Klassen die Revolution nicht durchführen, ohne Fehler zu machen.“ Dem folgt ein Wort Tucholskys: „Man fällt nicht über seine Fehler. Man fällt immer über seine Feinde, die diese Fehler ausnutzen.“

Denkmanns Einstieg: „Es wurde höchste Zeit, eine wenigstens skizzenhafte Sammlung der Fehler herauszubringen, die der DDR den Untergang bescherten. Tagein, tagaus wird dieses Thema in Schlagzeilen und an Stammtischen erörtert. Man redet rund um die Uhr darüber, gerät in Streit, nominiert Schuldige, aber die Dispute stranden meist in Uferlosigkeit, auch weil bislang niemand ein Buch aus der Tasche holen und nachschlagen konnte, ob irgendwo ein Fehler vergessen worden sein könnte.“ Und er verweist auf die allgemein benutzte Entschuldigungsfloskel sobald jemand auf die Idee kommt, Positives über die DDR zu äußern: „... bei allen Fehlern der DDR ...“

Denkmann ließ auch keine Zweifel daran aufkommen, wie aufwändig es für ihn war, DDR-Fehlerexperten zu finden. Es blieb am Ende nur der Weg zu dem in Fabelberg ansässigen Welt-Institut der Makelforschung an Resultaten organisierter DDR-Enttäuschungen (MARODE).

Die dort mit der Analyse beauftragte Expertengruppe unter Leitung von Prof. Dr.

Dr. Anton Lapsus und Prof. Winfried Schnitzer betonte allerdings nachdrücklich, dass die aufgelisteten Fehler nur als vorläufiges Ergebnis betrachtet werden können. „Die Untersuchung ergab, dass die DDR so ungefähr alles falsch gemacht hatte, was falsch zu machen war.“ Bemerkenswert die MARODE-Eröffnungsanalyse: „Die DDR blieb – aus heutiger Sicht betrachtet – immer nur ein Versuch.“ (Um allen zu erwartenden Protesten zuvorzukommen: Ein komplett misslungener ... A.d.A.) Dass dieser Versuch scheitern musste, wurde bereits durch die Thesen

durchgeführten Volksabstimmung in Sachsen am 30. Juni 1946, als von 3 676 441 Abstimmungsberechtigten 3 459 658 auf die Frage antworteten, ob Kriegs- und Naziverbrecher entschädigungslos zu enteignen wären. 2 683 401 (77,62 %) votierten dafür und 571 600 (16,56 %) dagegen.

Wer solche Entscheidungen als Aufforderung betrachtet, sie in die Tat umzusetzen, stolpert unweigerlich in ein Umfeld, das ihm nie wohlgesonnen sein wird. So fanden die Experten denn auch im Zeitraum zwischen 1949 und 1990 keinerlei Hinweise darauf, dass sich das mit dem zwar

listischen Systems zu erlangen.

Die Kommission ging also davon aus, dass damit der gravierendste DDR-Fehler bereits gefunden worden war.

Dazu kamen dann solche Fehler wie Kinderkrippen, Hochseeflotte, ABF oder Bananenmangel oder auch der mit der laufenden Nummer 004: Dem unverzeihlichen Verzicht auf eine einträgliche Rüstungsindustrie. Voraussetzung wäre zwar gewesen, auf die Gründung der DDR zu verzichten, aber so hätte die „Zone“ keinerlei Rücksicht auf internationale Vereinbarungen nehmen müssen und mühelos Rüstungsgüter produzieren und exportieren können.

Und: Bei Nichtinkrafttreten der die Bemühungen um Frieden festschreibenden DDR-Verfassung hätten auch die auf dem Gebiet der SBZ existierenden Krupp-Betriebe nicht enteignet werden müssen, was der trotz aller alliierten Entscheidungen im Westen weiter existierende Krupp-Konzern mit Sicherheit durch Wohlverhalten honoriert hätte.

Diesen Umstand bringen die Experten auch mit der chronischen Devisenknappheit in Zusammenhang. Die gern als diesbezüglicher Beweis und mit besonderem Eifer zitierte „Kaffeekrise“ (1977 – 1978) macht heute noch transparent, wie arm die DDR an Devisen war. Damals waren die Rohkaffeepreise auf dem Weltmarkt explodiert und eine Grundversorgung der DDR mit Bohnenkaffee war nur durch die Bereitstellung einer Summe von 670 Millionen Valutamark abzuwenden. Da der Devisen-Haushalt erschöpft war, floh man zu einem sogenannten „Kaffee-Mix“, der nur noch 49 Prozent Bohnenkaffee enthielt.

Solche Miseren (Fehler) hätten bei einer Beteiligung an der weltweit boomenden Rüstungsindustrie mühelos vermieden werden können. Mithin: Es war auch ein fataler Fehler gegen Krupp anzugehen und dafür Krause zu rühmen. Das konnte auf die Dauer nicht gut gehen. Krupp existierte seit 1811, Krause begann erst 1949 in die Direktionsetagen aufzusteigen.

Man könnte dem Autor vorwerfen, dass er dieses umfassende Thema nicht ernst genug behandelt habe, aber der könnte sich darauf berufen, dass die Debatte über die Fehler des 1949 gegründeten und 1990 untergegangenen Staates bislang auch nur selten ernsthaft geführt wurde ...

• KLAUS HUHN

Unbedingt Wissenswertes über die

„Makelforschung an Resultaten organisierter DDR-Enttäuschungen“ (MARODE)

deutlich, die der erste Ministerpräsident der DDR, der Sozialdemokrat Otto Grotewohl (1894 – 1964) bei der Gründung der DDR verkündet hatte: „Damit verwirklichen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unter Führung der SED das nationale Selbstbestimmungsrecht und erfüllen in einem Teil Deutschlands die geschichtliche Aufgabe des deutschen Volkes im 20. Jahrhundert: einen friedliebenden und demokratischen Staat zu begründen, in dem Imperialismus und Militarismus ausgerottet und damit die Wurzeln des Faschismus, des Krieges und der Ideologie des Rassenhasses, des Revanchismus und Chauvinismus beseitigt werden.“ Die MARODE-Expertengruppe: „Solche Vorhaben waren angesichts aller Erfahrungen der deutschen Geschichte als völlig aussichtslos zu explizieren. Illusionen waren zu möglichen Realitäten erklärt worden.“

Das begann schon bei der Realisierung des Resultats einer von den DDR-Vorläufern

oberflächlichen aber allgemeinverständlichen Begriff Kapitalismus umschriebene BRD-System je mit dem DDR-System abgefunden hatte. Zwar stieß die Kommission auf einige überraschende Zeugnisse, wie zum Beispiel Willkommens-Reden, die beim Besuch des SED-Generalsekretärs Honecker 1986 in der BRD von den führenden Politikern aller Parteien gehalten wurden, kam aber bei weiteren Untersuchungen zu dem Schluss, dass es sich dabei um eine große Gaukelei gehandelt hatte, die der damaligen politischen Weltlage geschuldet war.

So konstatiert der Autor und die von ihm konsultierten Fachleute, dass die politischen Kräfte in der DDR vom Beginn der Existenz dieses Staates an, Fehler begingen, die weniger irrigen Überlegungen entsprangen, als der Tatsache, dass ein antikapitalistisches System logischerweise wenig Chancen haben konnte, etwa die Sympathie oder gar die Kooperation eines kapita-

Schätze am Silbersee

● **Betriebskosten werden zunehmend auch für Vermieter von Interesse**

● **Ein Rundgang im Lößniger Pilotprojekt für energiesparende Sanierung**

Besuch hatte sich im September in der Hans-Marchwitza-Straße in der Leipziger Großwohnsiedlung Lößnig angemeldet, kein alltäglicher. In der ersten Hälfte der 70er Jahre durchweg mit 11-geschossigen Wohnhäusern und Internaten errichtet, wurde die Siedlung gleichzeitig vervollständigt durch Schulen – darunter das deutschlandweit bekannte Wilhelm-Ostwald-Gymnasium – Kinderkombinationen sowie Kaufhalle, Apotheke und Ambulanz, die heute Ärztehaus ist. Die Wohngebietsbibliothek wurde geschlossen und eine Schülergaststätte Ende der 90er Jahre plattgemacht. Mit dem „Moritzhof“ entstand dann eines der ersten Stadtteil-Einkaufszentren, wie dies die Handelsnetzkonzeption der Stadt von 1993 vorgesehen hatte. In den letzten Wochen wurde ein großer Wohnblock abgerissen, dem möglicherweise ein weiterer folgen wird. Ansonsten sind die kommunalen und durchweg sanierten genossenschaftlichen Wohnungen gut vermietet.

Der Besuch von Iris Gleicke (SPD), Par-

lamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, galt aber nicht dem Silbersee, der bei Sonnenschein seinem Namen alle Ehre macht, oder dem angrenzenden Freizeit- und Erholungspark. Das Interesse galt dem Wohnblock Hans-Marchwitza-Straße 14–20, der im vergangenen Jahr von der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) als Pilotprojekt für energiesparende Sanierung modernisiert worden war. Neben der Modernisierung der Wohnungen und einer ansehnlichen Fassadengestaltung einschließlich neuer Balkone und Terrassen, die durch teilweisen Rückbau der 11. Etage ermöglicht wurden, gelang es durch Fassadendämmung, Wärmeschutzverglasung sowie ausgefeilte Technik zur Wärme- und Warmwassererzeugung – Kraft-Wärme-Kopplung, Solarkollektoren und Abluftanlagen – den Energieverbrauch um 75 Prozent zu senken. Auch gegenüber vergleichbaren heutigen Neubauten liegt der Verbrauch noch 40 Prozent darunter. Das Projekt war von der

Deutschen Energie-Agentur GmbH (DENA) begleitet worden. Mit 167 Wohnungen ist es das bisher größte Projekt des gleichnamigen bundesweiten Modellbauvorhabens „Niedrigenergiehaus im Bestand“.

Der Dezernent für Planung und Bau, Dr. Engelbert Lütke Daldrup, und LWB-Geschäftsführer Peter Stubbe informierten über die Strategien zum Stadtumbau und für das Wohngebiet im Besonderen. Ein Besuch der Familie Regner, von deren Terrasse sich ein phantastischer Blick in den Erholungs- und Freizeitpark bis weit in den Leipziger Südraum oder nach Norden in die Innenstadt eröffnet, räumte auch die letzten Zweifel aus, dass es richtig ist, wenn die LWB die attraktiv am Silbersee gelegenen Wohnblöcke saniert und langfristig selbst vermietet. Im kommenden Jahr soll deshalb der benachbarte LWB-Block Hans-Marchwitza-Str. 22–28 saniert werden. Mit einem etwas niedrigeren Modernisierungsstandard sollen die Wohnungen zu günstigeren Mieten vorrangig an jene

Lößniger Haushalte vermietet werden, die etwas mehr auf das Geld schauen müssen.

Bis Mitte der 90er Jahre galten die sogenannten Betriebskosten für viele Vermieter nur als sogenannte „Durchlaufposten“, deren Höhe sie nur wenig interessierte. Aber besondere für die Ostdeutschen ist Miete gleichbedeutend mit Wohnkosten in Gänze. Langsam setzte sich die Erkenntnis durch, dass eine Begrenzung des Betriebskostenanstiegs sowie die gezielte Ausnutzung von Großkundenrabatten Spielräume bei der Modernisierung eröffnet und so neue Mieter gewonnen und bisherige gehalten werden können, wie die PDS-Fraktion schon seit Jahren argumentiert.

Aber es gibt noch einen dritten Gewinner, nämlich die Umwelt. So nützen die „Schätze am Silbersee“ nicht nur den Mietern und der LWB, sondern auch der Allgemeinheit und sind nicht mit Edelmetall aufzuwiegen.

• **SIEGFRIED SCHLEGEL**



Wohnblock der LWB in der Lößniger Hans-Marchwitza-Straße, unmittelbar am Silbersee gelegen

Foto: Märker

„POWERTEC“

Wer erinnert sich noch an das Jahr 2018 als ein Bericht eines Wissenschaftlerteams an der Universität in Leipzig die Energieprognose für die kommenden 15 Jahre bekanntgab. Danach würden die Energiepreise um 500 Prozent steigen, vorausgesetzt die Energieunternehmen würden ihre Rendite von 18 % beibehalten. Außerdem würden die tatsächlichen Förderkosten um 200 % steigen, da nun auch die Ausbeutung weniger ergiebiger Rohstoffquellen notwendig würde. Die gleichzeitige Aussicht auf die Umweltsituation sah noch weniger rosig aus. Jeder hatte noch die Auswirkungen von Hurrikan Angela im Kopf, der sich durch die Klimaverschiebung weit nach Norden geschoben hatte. Messungen am Golfstrom nährten die Vermutung, seine Ausläufer würden nicht mehr bis weit in den Norden führen, Mitteleuropa zur Tundra werden lassen und den Nordatlantik zum Eismeer.

Es gab nicht nur in den Massenmedien Tumulte, sondern auch an der Universität, denn die Verfasser des Berichtes waren äußerst unbeliebt beim Rektorat. Schon mehrmals waren sie in der Öffentlichkeit mit der Bekanntgabe von unangenehmen Wahrheiten aufgefallen. Etliche Wissenschaftler wurden sogar vom Dienst suspendiert, was sie aber nicht abhielt, weiter zu forschen. Börsenkurse sanken ins Bodenlose. Besonders betroffen waren die gesamte Autobranche, deren Produkte nach wie vor mit fossilen Brennstoffen gefüttert wurden. Von einem Tag auf den anderen wurden Hunderttausende Menschen auf der Welt arbeitslos, weil die Montagebänder still standen. Wer kauft schon ein Verkehrsmittel, dessen Treib-

stoffkosten nicht mehr aufzubringen waren.

Häufig spekulierten Wissenschaftler jetzt auch über die Systemstabilität einer ausschließlich privat dominierten Wirtschaft. Der weit über dem realen Wert liegende Spekulationskurs hatte dem kapitalistischen Wertesystem einen Stoß von einer unerwarteten Seite verpasst. Dabei war überhaupt noch nicht überschaubar, in welchen Abgrund die Energiekrise weitere Industriebranchen riss.

Fast alle Verfasser des Berichtes und etliche andere Wissenschaftlicher gehörten der „Energio Socio“ an, einer Namensableitung aus dem Esperanto, deren Briefkopf ein fünfzackiger gelber Stern zierte. Anfangs war es nur ein Klub, im dem man über Energieprobleme schwadronierte. Aber schon die Hauptversammlung 2015, deren Bericht Professor Anders gab, wühlte nicht nur die Seele der Anwesenden auf. Seine prophetischen



Familie Bush, tief betroffen, in New Orleans

Collage: Arbeiterfotografie

Worte: Ja, die Menschheit hat die Welt verändert, sie aber falsch interpretiert. Die Menschheit hat der Erde die Natur genommen, die sie einst zu ihrer Entstehung benötigte. Wenn wir unsere Energieprobleme weiter durch die Ausbeutung fossiler Ressourcen decken, dann werden wir eines Tages nicht nur erfrieren, sondern auch ersticken.

Die Hauptversammlung beschloss die Gründung einer Firma, die die wissenschaftlichen Ergebnisse in die Praxis umsetzen sollte. Nach langer Suche entschied man sich für „Powertec“. Gelenkt und geleitet wurde die Firma durch den wissenschaftlichen Beirat, der nach wie vor die Energio Socio, kurz genannt ES, blieb.

Nachdem man schon Jahrzehnte an der gesteuerten Kernfusion geforscht hatte, aber keine technische Möglichkeit in Sicht war, die Megaenergien auch im Zaume zu halten, setzte man das Thema ab. Stattdessen wurde solare Energie in den Vordergrund gerückt. Welches Spektrum des Sonnenlichtes sollte auf die Solarzelle scheinen und wie müssen dafür optimierte Filter aussehen? Wie sollte die Solarzelle gebaut werden, damit sie kühl bleibt? Wie verwandelt man effizient solare Energie in Wasserstoff und wie danach in der Brennstoffzelle wieder in elektrische? Wo ist der beste Ort für solare Energie und wie kann man dort einen entsprechenden Energiekomplex aufbauen und wie transportiert man sicher Energie an den Ort des Bedarfs.

Fragen über Fragen ...

Die ES verkündete in der ganzen Welt, entsprechende wissenschaftliche Arbeiten zu prüfen. Und sie kamen von überall her ... Leipzig und die ES wurden zu einem Begriff rings um den Globus. Selbst die Universität, die einst die ersten Mitglieder der ES verteufelt hatte, kooperierte nun mit ihr.

• **JOCHEN SINGER**

Eine Zufallsfreundschaft verbindet die beiden Leipziger Künstler Norbert Wagenbrett, Maler (Jg. 1954) und Ralph Grüneberger, Lyriker (Jg. 1951). Und doch liegt in dieser Begegnung und Freundschaft eine gewisse Zwangsläufigkeit, denn hier trafen sich in großer künstlerischer Nähe und Verwandtschaft ein Dichter und ein Maler beinahe gleichen Jahrgangs. Sie gingen durch die gleiche Schule, teilten die gleichen Wünsche und Ansprüche an ein Land, das sie studieren ließ und förderte. Opportunisten waren beide nicht. Sie ließen sich auf ihr Land ein, und ihr geschärfter künstlerischer Blickwinkel half ihnen dabei und ermunterte auch ihren Widerspruch. An der Hochschule für Grafik

Ralph Grünebergers Monografie über den Porträtisten Norbert Wagenbrett

Ein Generationsbild der in den Fünfzigern in der DDR Geborenen

und Buchkunst einerseits und am Leipziger Literaturinstitut „Johannes R. Becher“ in der Karl-Tauchnitz-Straße (das dieser Tage seinen 50. Geburtstag hätte feiern können) andererseits schulten sie ihre Wahrnehmung, lernten sie zu sehen, dem arbeitenden Volk zuzuhören. Ihr Credo, nun da sie um die Fünfzig sind? Wohl der große Wunsch nach Authentizität und Deutlichkeit. Vielleicht ist dem



Norbert Wagenbrett

Maler Norbert Wagenbrett deshalb das Großformatige, Farbenkräftige und scheinbar „Überdeutliche“ seiner Darstellung der Welt derart wichtig und so mächtig reizvoll? Als gälte es andernfalls, den Blick auf die Realität einzubüßen? Mag man mutmaßen!

Malen und Schreiben lässt sich nicht lernen, aber man kann das genaue Beobachten, die handwerkliche Kunst und die einer Arbeit innewohnende künstlerische Methodik verstehen lernen. Akribie – hierin zeichnen sich beide Künstler seit Jahren aus. „Als ich damals angefangen habe zu studieren, wusste ich, dass ich in eine ganz andere Welt eintauche. Ich hatte das erste Mal das Gefühl, dass ich in der richtigen Welt bin“, erklärt Norbert Wagenbrett. „Ich habe mich unheimlich gern ganz lange auf ein Bild eingelassen, also das vertiefende Schauen und Betrachten. Das mache ich heute noch. Das hat sich durch die Literatur, das viele Lesen verstärkt.“

Mit Vorliebe zeichnet Wagenbrett Porträts – auch hier begegnen sich der Lyriker Grüneberger und der Maler Wagenbrett, denn auch Ralph Grüneberger fand eine literarische Form, die dem gleichen Anliegen dient: das „lyrische Porträt“.

Als wesentlich für die Herausbildung der eigenen, heute überaus deutlichen Meisterschaft sieht Norbert Wagenbrett das Porträtzeichnen bei Prof. Hans Mayer-Foreyt an. Unerbittlich wurde das den Studenten abverlangt. Zu gestalten waren Schatten und Tiefe, Form und Plastizität. Rückblickend erscheint das Wagenbrett wie ein Anatomiestudium. Die Vermittlung von Raum und Perspektive wurde wesentlich für seine Arbeit. Das Zeichnen ging dem gelernten Retuscheur immer leicht von der Hand. Zeitweise versehen mit einem Leistungsstipendium durchlief Norbert Wagenbrett alle Zwischenprüfungen mehr oder minder mit Bravour. Die damaligen Assistenten (und heutigen Professoren) Arno

Rink, Volker Stelzmann und Sighard Gille ließen ihn weitgehend gewähren. Der spätere Meisterschüler von Willi Sitte (in den Jahren 1986–88) malte und verbrachte die meiste Zeit in seinem Atelier und arbeitete mit Modellen.

Wagenbretts Porträtkunst ist Teil der vielgerühmten „Leipziger Schule“, die der Maler seinerseits mit der Hinwendung zur klassischen Moderne verknüpft. Beeinflusst haben ihn Begegnungen mit Künstlern wie der Fotografin Evelyn Richter oder dem Filmemacher Lutz Dambek. Diese Zusammenarbeit mündete in Wagenbretts eigenständigem 16-mm-Film „Messingstadt“, der nach einem Bild von Max Beckmann entstand und im unorthodoxen Verständnis der Hochschule als Teil von Wagenbretts Abschlussarbeit gewertet wurde.

Nicht von ungefähr hob der Kunstwissenschaftler Peter Guth in seiner Äußerung über die Geltung der Hochschule für Grafik und Buchkunst in der DDR „die Vermittlung von Problembewusstsein neben der handwerklichen Präzision [als] das große Plus der Ausbildung in Leipzig“ hervor.

Mit Grünebergers Monografie, die zum 50. Geburtstag des Leipziger Malers und Grafikers Norbert Wagenbrett erschienen ist, wird erstmals ein umfassender Einblick in das Leben und Werk des im In- und Ausland vielfach gewürdigten Künstlers gegeben.

• JÖRN FRIEDRICH SCHINKEL

Ralph Grüneberger: *Der Porträtist Norbert Wagenbrett. Einblicke in Leben und Werk*. Edition kunst & dichtung. 18,50 Euro



Norbert Wagenbrett: *Die Fischverkäuferin*, 1989

SO SEHE ICH DAS



Sachsen tickt halt anders. Anders als fast der gesamte Osten (man sah es zur Dresdner Wahl), anders oft auch als die meisten alten Bundesländer. Und schon gleich gar nicht gibt es in Deutschland eine zweite Landesverfassung, in der steht, dass, wer für das frühere Ministerium für Staatssicherheit/Amt für nationale

Sicherheit der DDR tätig war, als „untragbar für eine fortdauernde Innehabung von Mandat oder Mitgliedschaft in der Staatsregierung“ erscheint, weshalb „der Landtag beim Verfassungsgerichtshof ein Verfahren mit dem Ziel der Aberkennung von Amt oder Mandat“ beantragen könne.

Es fand sich dieser Tage tatsächlich eine Mehrheit in diesem sogenannten Hohen Haus, um gegen Prof. Peter Porsch, den Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei.PDS

Ein Ankläger und seine Angeklagten

(eine Funktion, die er schon 15 Jahre ausübt!), diese absurde Abgeordnetenklage auf den Weg zu bringen. Absurd, weil sie den Wählerwillen missachtet, weil sie grundgesetzwidrig und in keinem bundesdeutschen Gesetz vorgesehen ist; absurd, weil Peter Porsch eine aktive Zusammenarbeit mit dem MfS nie nachgewiesen werden konnte. Und wenn, was wäre schlimm daran? Welcher souveräne Staat hat keine Sicherheitsorgane, die auf die Mitarbeit der Bürger angewiesen sind? Absurd, weil sich in den Reihen der Linksfraction offen bekennende ehemalige IM befinden, gegen die keine solche Klage angestrengt wurde, während Peter Porsch längst und unabhängig von dieser Farce seinen Rückzug vom Fraktionsvorsitz für Ende nächsten Jahres angekündigt hat. Nicht nur absurd, sondern kriminell, weil dieses so demokratische Parlament in Kauf nimmt, dass eine (ohnehin nur noch verspätet eingereichte) Klage auf die Stimmen der NPD für die notwendige Mehrheit angewiesen ist! Den Skandal perfekt in diesem Absurdistan machen Ankläger wie der ehemalige Innenminister Heinz Eggert, der nicht mehr zu halten war, nachdem er das Berufs-

und das Privatleben seines Arztes Dr. Wolf ruiniert hatte. Denn mit der Anklage hat es Eggert seit einem Fernsehauftritt vom 8. Januar 1992. Damals und dann viele Monate lang lehrte er einer staunenden Öffentlichkeit das Gruseln: Der Nervenarzt Dr. Reinhard Wolf hätte ihn im Auftrag des MfS „vernichten“ wollen. Selbst vor einem gefälschten Foto über diesen „Satan in Weiß“ schreckte eine Zeitung nicht mehr zurück. Und Eggert war sowieso wie im Rausch – bis, ja bis ein Gericht Dr. Wolf – angeklagt wegen Verdachts auf Freiheitsberaubung, Nötigung, Körperverletzung und Vergiftung – in allen Punkten freisprach. Nichts erwies sich als wahr. Was blieb, war ein Arzt, der Eggert einst nach bestem Wissen und Gewissen behandelt hatte. Unnötig zu sagen, dass der Freispruch kaum Medienecho fand und Eggert sich bis heute nicht einmal entschuldigte. Dafür – immer noch CDU-Landtagsabgeordneter – aber sucht er neue Opfer: „Wenn wir zur Überzeugung kommen, dass man Porsch anklagen muss, werden wir das tun.“

Anklage? Das ist bloß ein ohnmächtiges Draufschlagen auf eine immer stärkere Linke. • MAXI WARTELSTEINER



Porsch und der Trompeter

Aus einer Landtagsrede von André Hahn

Wenn ein früherer Minister, gegen den wegen schwerwiegender Vorwürfe in mehreren Fällen staatsanwaltlich ermittelt wird, im Pyjama von einer Zeitung abgelichtet wird, dann setzt die Staatsgewalt Himmel und Hölle in Bewegung. Journalisten werden bespitzelt, mutige Staatsanwälte werden strafversetzt, und man konzentriert alle Kräfte darauf, die undichte Stelle zu finden. Die Ermittlungen gegen Schommer dagegen bleiben über Monate liegen. Wenn die Persönlichkeitsrechte des Oppositionsführers verletzt werden, wenn Akten der Birther-Behörde im ganzen Land kursieren, die Geheimhaltungsvorschriften des Bewertungsausschusses verletzt werden, dann gibt es weder irgendeinen Protest noch eine Presseerklärung von Herrn Hähle, in der er die sofortige Suche nach den Schuldigen fordert. ... Wenn gegen einen berühmten und der CDU durchaus nahe stehenden Trompeter Stasi-Vorwürfe erhoben werden und dieser erklärt, er sei ohne sein Wissen abgeschöpft worden, dann wird ihm selbstverständlich sofort geglaubt ... Wenn aber der PDS-Fraktionschef erklärt, er hätte nie wissentlich mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet und sei ohne sein Wissen abgeschöpft worden, dann wird diese Erklärung als völlig unglaubwürdig zurückgewiesen und eine Anklage gegen ihn auf den Weg gebracht.

Schlappe für Minister Flath (1)

Schulhof-CD der NPD nicht länger dulden

LN. Teilweise harsche Kritik im Landtag seitens mehrerer Parteien mit Bezug auf die Schulhof-CD der NPD veranlasste Kultusminister Flath zu dem Eingeständnis, dass es bei der Aufklärung über rechtsextremistische Propaganda an Schulen Versäumnisse gibt. Grünen-Fraktionschefin Antje Hermenau warnte, eine neutrale Schule führe dazu, dass sie von rechtem Gedankengut infiltriert werden könne. Martin Dulig, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass viele Lehrer zwar Courage bei der Auseinanderset-

zung mit der rechten Ideologie zeigen, es aber noch viel zu tun gebe. Der Fraktionschef der Linken, Peter Porsch, äußerte, es gebe noch oft zu mechanistisch angelegte Vorstellungen von Prävention und Gegenmaßnahmen. Der beste Damm gegen rechte Propaganda sei eine gute Bildung. Dagegen war von der FDP zu hören, die Debatte werde die CD unnötig auf. Ähnlich äußerte sich die CDU.

Die NPD hatte die CD mit rechtsradikalem Inhalt gezielt an Schüler verteilt. Ihre Fraktion wollte sich in der Debatte nicht von der NSDAP distanzieren.

Schlappe für Minister Flath (2)

Schulleiterin zu Unrecht abgelöst

LN. Das Arbeitsgericht Dresden hat entschieden, dass die vom Kultusministerium wegen ihrer Teilnahme an einer Demonstration gegen Schulschließungen gekündigte Schulleiterin der Grundschule in Lohmen (Sächsische Schweiz) zu Unrecht abgelöst worden ist. Die PDS-Fraktion fordert nunmehr von Kultusminister Flath, die ergan-

gene Gerichtsentscheidung zu respektieren und im Interesse einer dringend notwendigen Befriedung in der Region auf die Einlegung von weiteren Rechtsmitteln zu verzichten. Die Schulleiterin müsse wieder an ihrer früheren Schule eingesetzt werden. Nur dann könnte der Kultusminister einen weiteren Gerichtsverlust vermeiden.

DGB zur Wahl

LN. Zum Ausgang der Bundestagswahl erklärte Sachsens DGB-Vorsitzender Lucassen: „Ich bin erleichtert darüber, dass es für Schwarz-Gelb nicht reicht. Die Menschen haben stärker als zuvor auf Inhalte geschaut und eine bewusste Wahlentscheidung getroffen.“ Die Angst vor harschen sozialen Einschnitten habe die Wahl entscheidend beeinflusst. In Sachsen bereite die anhaltend hohe Stimmenzahl der NPD Sorge. Nötig sei endlich die Auseinandersetzung mit der Partei statt stillschweigender Tolerierung.

Für Bürgerentscheid

LN. Der Antrag einer Dresdner Bürgerinitiative zur Durchführung eines Bürgerentscheids zum geplanten Verkauf von 48 000 kommunalen Wohnungen wurde von einer Mehrheit im Stadtrat abgelehnt. Nun will die Bürgerinitiative eine Unterschriftensammlung zur Durchsetzung eines Entscheids starten. Sie befürchtet steigende Mieten für die rund 85 000 Mieter. Mit den erwarteten Einnahmen von rund einer halben Milliarde Euro beabsichtigt die Stadt, ihren defizitären Haushalt sanieren.

Anhörung im Landtag:

Antifaschismus als Staatsziel

LN. Bei einer Anhörung vor dem Verfassungs- und Rechtsausschuss des Landtages äußerten sich acht Sachverständige zum Gesetzentwurf der Linksfraktion, mit dem eine antifaschistische Klausel als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen werden soll. Festzuschreiben sei, dass „rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten sowie eine Wiederbelebung und Verbreitung nationalsozialistischer Gedankengutes nicht zuzulassen, die Pflicht des Landes und Verpflichtung aller im Land“ ist, um der Zivilcourage eine verfassungsrechtliche Basis zu geben. Prof. Dr. Wolfgang Dressen aus Düsseldorf hob den Vorbildcharakter der Gesetzesinitiative hervor. Zuspruch kam auch vom Vorsitzenden der sächsischen Polizeigewerkschaft Matthias Kubitz, der auf die regelmäßigen Woch-Aufmärsche in Leipzig verwies. Dr. Martin Maslaton aus Freiberg stellte die Übereinstimmung der Klausel mit dem Grundgesetz fest.

Welcher Schulweg ist zumutbar?

LN. Ein Antrag der Linksfraktion.PDS, den im Schulgesetz genannten „zumutbaren Schulweg“ verbindlich zu definieren, wurde von CDU und SPD im Landtag abgelehnt. Der Antrag folgte dem Landesentwicklungsplan, der für Grundschulen einen Schulweg bis zu 30 und für weiterführende Schulen bis zu 45 Minuten vorschreibt. „Es kann nicht sein, dass das Land Schulen schließt und die Betroffenen dann mit den Auswirkungen allein lässt“, sagte die schulpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Julia Bonk. „Junge Menschen verbringen oft über zwei Stunden am Tag in Bussen.“

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im September

Rückgänge nur saisonbedingt

Im Bereich der Leipziger Arbeitsagentur ist die Erwerbslosenzahl im September um rund 2600 auf 77 373 zurückgegangen, in Sachsen um über 11000 auf 381268. Der Rückgang ist ausschließlich saisonbedingt.

Im Unterschied zu Leipzig allerdings, wo der Stand vom September 2004 um mehr als 5000 übertroffen wurde, gibt es in Sachsen seitdem eine rückläufige Tendenz – immerhin rund 4600 Arbeitslose weniger. Doch auch diese positiven Signale wertet Karl-Peter Fuß, Chef der sächsischen Regionaldirektion für Arbeit, nicht als einen Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt.

Deutlich gestiegen ist hier die Jugendarbeitslosigkeit. Mit fast 13 000 betroffenen unter 20-Jährigen liegt sie 35 Prozent über dem Stand des Vorjahresmonats. Riesa, einzige sächsische Agentur mit Arbeitslosenzuwachs im September, und Leipzig sind die Schlusslichter der 10 sächsischen Agenturen. In der Leipziger Region ist in den letzten Monaten nach langem kontinuierlichen Rückgang die Anzahl der besetzten ABM- und Weiterbildungsstellen wieder etwas angestiegen. Waren im Juni nur noch 1146 Arbeitslose in der Weiterbildung, sind es im September 1511.

Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen in der Region Leipzig geht nur langsam zurück, ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen liegt gegenwärtig bei 42,8 Prozent.

Die Abschlussbilanz der Versorgung der Schulabgänger mit Berufsausbildungsplätzen im Zeitraum 2004/2005 steht noch aus.

• G. L.

21. September

Leipzig/Dresden. Die AOK und die Kassenärztliche Vereinigung in Sachsen einigen sich auf eine Erhöhung der Arzthonorare um jeweils sechs Prozent für die Jahre 2005 und 2006.

Leipzig. DHL und der Flughafen Leipzig/Halle unterzeichnen den Vertrag über die Ansiedlung der Post-Tochter in Schkeuditz und den Ausbau des Airports zum internationalen Luftfrachtdrehkreuz.

Houston. Die Sächsische Staatskapelle gibt in Anwesenheit von Ministerpräsident Milbradt ein Benefizkonzert für die Opfer des Hurricans Katrina.

23. September

Dresden. 65 Landtagsabgeordnete von CDU, SPD, FDP und Grünen befürworten einen Antrag, wonach PDS-Fraktionschef Peter Porsch gemäß Verfassungsartikel 118 angeklagt werden soll.

Dresden. Laut Landtagsdebatte werden die Autobahnen Leipzig-Chemnitz und Südring Leipzig verzögert und zunächst nur mit Einschränkungen fertiggestellt.

Dresden. Der Landtag beschließt einstimmig, die Ausfallstunden an Schulen künf-

SACHSEN-CHRONIK

20. September bis 3. Oktober

tig genauer zu erfassen.

25. September

Dresden. Mit einem Festakt begeht die Gemäldegalerie Alte Meister ihr 150-jähriges Bestehen. Die Veranstaltung in der Semperoper erinnert an die Eröffnung am 25. September 1855 in dem vom Gottfried Semper entworfenen Neorenaissance-Bau.

26. September

Berlin. Der Zentralrat der Juden in Deutschland kündigt an, den sächsischen NPD-Abgeordneten Klaus-Jürgen Menzel wegen Volksverhetzung zu verklagen, der im ARD-Fernsehmagazin „Kontraste“ gesagt hatte: „Ich halte den Führer (Hitler) nach wie vor für einen großen Staatsmann...“

27. September

Dresden. Die Stadt erhält den Schleudersachsen, mit dem der sächsische Steuer-

zahlerbund schwerwiegende Verschwendungen öffentlicher Gelder bedenkt. Von 1991 bis 1999 wurde das Schloss Nickern mit 4,6 Millionen Euro Steuergeldern und 960 000 Euro Fördergeldern saniert und jetzt zum Preis von 270 000 Euro an eine Privatperson verkauft.

27. September

Dresden. Die Staatsanwaltschaft dehnt ihre Ermittlungen gegen Rechtsextremisten in Ostsachsen auf den Raum Pirna aus. 20 Wohnungen und ein Spind in einer Bundeswehrkaserne werden durchsucht. 23 junge Männer sind der Teilnahme am Überfall auf Besucher eines Stadteifestes im Juni verdächtig.

29. September

Zwickau. Der Stadtrat stimmt mehrheitlich für die Teilprivatisierung der städtischen Verkehrsbetriebe. Die Beschäftig-

ten treten nach einem Warnstreik in einen unbefristeten Streik. Sie befürchten die Streichung von Arbeitsplätzen und die Kündigung von Tarifverträgen. Der Streik wird angesichts bevorstehender Verhandlungen tags darauf unterbrochen.

30. September

Dresden. Der Sächsische Städte- und Gemeindetag registriert im Jahresbericht zur Finanzlage der Kommunen gestiegene Einnahmen von 1,44 auf 1,64 Millionen Euro, sagt aber zugleich einen sinkenden Gesamtetat wegen geringerer Zuschüsse des Landes voraus.

1. Oktober

Leipzig/Magdeburg/Erfurt. Die Landesversicherungsanstalten Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens fusionieren zur *Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland*. Ab Oktober 2006 sollen 900 Stellen abgebaut werden.

2. Oktober

Dresden. Bei der Nachwahl zum Bundestag im Dresdner Wahlkreis 160 siegt der Direktkandidat der CDU vor der SPD-Kandidatin und Katja Kipping von der Linkspartei (s. a. Seite 2).

Ein Rathaus im Spiegel der Geschichte

Vor 100 Jahren wurde das Neue Rathaus in Leipzig eingeweiht

In vielfältiger Weise, auch mit einer Ausstellung im Stadtgeschichtlichen Museum, erinnert die Stadt Leipzig in diesen Tagen an die 100-jährige Wiederkehr der feierlichen Eröffnung des Neuen Rathauses, was mir als Kind wegen seiner trutzigen Architektur und zerklüfteten Fassade immer älter als das Alte Rathaus am Markt vorkam.

Tatsächlich entstanden das Neue Rathaus und das Stadthaus auf dem Areal der alten Pleißenburg. 1895 erwarb die Stadt vom Sächsischen Königreich die Pleißenburg mit Grund und Boden für schlappe 4,55 Millionen Goldmark. Ein Jahr später erfolgte die Aufteilung für die Teilflächen Rathaus, Stadthaus und Bank sowie für den neu anzulegenden Burgplatz, wo sich früher Vorburgenanlagen mit Türmen befanden. Deren Fundamente wurden beim Bau der Tiefgarage freigelegt und wurden nach Kartierung entfernt. Auf Anregung des Autors erinnern heute die schwarzfarbigen Steinflächen an die Lage der ehemaligen Gebäude und Wehranlagen und geben damit der Platzfläche ein unverwechselbares Gesicht.

Aus einem deutschlandweiten Architekturwettbewerb ging 1897 der Entwurf von Hugo Licht (1841–1923) „Arx nova surgit“ (Eine neue Burg wird sich erheben) als Sieger hervor. In den beiden folgenden Jahren erfolgte der Abbruch der alten Burg. Der Burgturm wurde bis auf einen Stumpf abgetragen und trägt heute den mit 114,75 Meter hohen, 1903 fertiggestellten Hauptturm, der der höchste Rathauturm in ganz Deutschland ist. Noch vor der Fertigstellung des Rathausneubaus wurde am 1. Oktober 1904 der Ratskeller seiner Bestimmung übergeben. Am 7. Oktober 1905 wurde das Neue Rathaus feierlich mit königlicher Prominenz eröffnet. Auf zwei am Haupteingang angebrachten Metalltafeln feierten sich die Ehrengäste der Eröffnung, die allenfalls mittelbar am Bau beteiligt waren, und der Rat – keinen Hinweis gab es auf die wirklichen Erbauer. In den letzten Jahren wurden die alten Tafeln mit heutigen Steuermitteln ohne Beteiligung des Stadtrates neu hergestellt.

Die Gebäudeflügel des Neuen Rathauses mit rund 600 Räumen umschließen drei Innenhöfe. In Erinnerung an den Vorgängerbau der alten Pleißenburg und zur Bewahrung der Leipziger Renaissanceerkertradition, ließ Hugo Licht eine Kopie des Pappenheimerker in einem Innenhof des Neuen Rathauses einbauen. Die Vorbereitung und der Neubau des Neuen Rathauses erforderte die ganze Kraft des Stadtbaurates, so dass Hugo Licht dafür ab November 1896 freigestellt wurde. Licht wird nachgesagt, dass er wutentbrannt im damaligen Stadtparlament den Stadtverordneten zurief, „große Haufen schießen zu wollen, aber nicht den Arsch dazu in der Hose zu haben“.

Leipzig war aber damals eine reiche, aufstrebende Stadt. Zwischen 1908 und 1912 wurde das Stadthaus errichtet. Wolfgang Hoquel ordnet die Gebäude jener Zeit, zu denen auch die von Hugo Licht zählen, dem Leipziger Historismus zu. Die repräsentativ gestalteten und von Hugo Licht entworfenen Fassaden der Musikhochschule, des Alten Grassimuseums und des Neuen Rathauses künden



Nach Abriss der Pleißenburg, unmittelbar vor Beginn des Rathaus-Neubaus

vom Selbstbewusstsein der Leipziger und der Bedeutung Leipzigs als wichtiger deutscher Großstadt sowie internationalem Handelszentrum Ende des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts. Die Stadt Leipzig gedenkt Hugo Lichts mit einer Porträtbüste in der unteren Wandelhalle des Rathauses.

Der erste Weltkrieg 1914–1918 ging für Deutschland als Anstifter verloren und führte zu zahlreichen Revolutionen, so 1917 in Russland und 1918 in Deutschland. Zahlreiche Kaiser und Könige mussten abdanken, darunter auch die von Sachsen und Bayern, die sich mit eigenen Truppen am Kriege beteiligt hatten. In den Folgejahren fanden weitere revolutionäre Erhebungen auch in Leipzig statt, und es wurden kurzzeitig Arbeiterregierungen in Bayern und Sachsen gebildet. Im Oktober 1923 war der spätere Leipziger Oberbürgermeister Erich Zeigner Ministerpräsident der sächsischen Arbeiterregierung. In den Jahren 1918–1930 wirkte der Volkswirt und Jurist Dr. Karl Rothe als Oberbürgermeister. In dieser Zeit erlangte die Messe eine international führende Stellung, und das kulturelle Leben der Stadt erreichte eine Blütezeit.

1933 erfolgte die Machtübernahme der Nationalsozialisten, in deren Folge zuerst die kommunistischen und dann die Sozialdemokratischen Stadtverordnete verdrängt worden. Zahlreiche Stadtverordnete wurden in den Folgejahren eingesperrt und einige von ihnen ermordet. Nachdem der konservative Oberbürgermeister Goerdeler – auch er wurde später hingerichtet – zurückgetreten war, bemächtigten sich die Faschisten nicht nur des Amtes des Oberbürgermeisters, sondern der ganzen Stadtverwaltung. Von der Verfolgung durch die Nazis waren Juden und Widerstandskämpfer verschiedenster Parteien und Weltanschauungen betroffen.

Nach schweren Bombenangriffen auf Leipzig ab 1943 wurde 1944 auch das Neue Rathaus stark beschädigt und wurden historisch gestaltete Räume vollständig zerstört. In Erwartung des Einmarsches der amerikanischen Streitkräfte im April 1945 richtete sich der faschistische Oberbürgermeister in seinem Amtszimmer selbst.



Die Gedenktafel im Neuen Rathaus für ermordete Stadtverordnete

Im Juli 1945 übernahmen die sowjetischen Streitkräfte gemäß den Abkommen der Alliierten Leipzig und setzten den Sozialdemokraten Erich Zeigner als Oberbürgermeister ein, der sich unermüdlich für den Wiederaufbau der Stadt und den Neuaufbau eines Gemeinwesens einsetzte. Er gehörte zu denen, die aktiv die Vereinigung von KPD und SPD zur SED 1946 voranbrachten. Im gleichen Jahr wurde die erste Stadtverordnetenversammlung nach dem Krieg gewählt. Es begann die schrittweise Instandsetzung und der Wiederaufbau auch im Neuen Rathaus. Das Rathaus spielte im Messegeschehen in den Folgejahren immer eine wichtige Rolle.

Ab Mai 1945 wurde, wie bei anderen kommunalen Gebäuden und Messehäusern, Wohnungen und, auch mit der Instandsetzung des Neuen Rathauses begonnen. 1948 wurde die Wiederherstellung der Türme des Alten und Neuen Rathauses gefeiert und 1949 der wiederhergestellte neobarocke Ratsplensaal eingeweiht. Zwischen 1965 und 1968 wurden in modernem Stil der Stadtverordneten- und der Festsaal neu ausgebaut. In der Amtszeit von Walter Kresse, Bruder des von den Faschisten 1945 hingerichteten Kurt Kresse, in den 60-er Jahren nahm die Bautätigkeit in der Innenstadt einen großen Aufschwung.

Innerhalb weniger Jahre entstanden das neue Messamt, das Messhaus am Markt und die Alte Waage, die neue Hauptpost, die Interhotels „Deutschland“, „Stadt Leipzig“ und das „Hotel zum Löwen“, Verwaltungsgebäude am Brühl und Wohnhäuser in der Burg-, Reichs- und Katharinenstraße wie auch das Studentenwohnheim „Jenny Marx“. Der Ring wurde völlig umgestaltet und den verkehrlichen Anforderungen einer internationalen Stadt angepasst. Zahlreiche Bauten im Klinikviertel und die Neue Oper waren gerade fertiggestellt. 1968 begann der Bau des Universitätshochhauses und der Wohnviertel Straße des 18. Oktober und Innere Westvorstadt. Das war eine Bautätigkeit, die sich sehr wohl mit der heutigen vergleichen lässt. Walter Kresse nahm bis zu seinem Tod als Mitglied der PDS im Ortsverband Waldstraßenviertel aktiv am gesellschaftlichen Geschehen Anteil.

Karl-Heinz-Müller, wurde wegen seiner

erfolgreichen kommunalpolitischen Arbeit in Altenburg, 1970 als Oberbürgermeister gewählt. Sein Nachfolger Dr. Bernd Seidel war nur einige Jahre als Oberbürgermeister bis 1989 tätig.

Viele Gäste, darunter nicht wenige Gelehrte, Staatsoberhäupter oder Ministerpräsidenten aus aller Welt waren schon im neuen Rathaus zu Gast, trugen sich ins Golden Buch der Stadt ein oder erhielten gar die Ehrenbürgerwürde.

Nach der Wende besuchten die britische Königin das Rathaus und auch solche Persönlichkeiten, die ob ihres widersprüchlichen Wirkens heute zumindest als fragwürdig gelten. Dr. Hinrich-Lehmann Grube, bis 1990 als Oberstadtdirektor und damit Chef der Stadtverwaltung von Hannover, wurde nach der Wahl am 8. Mai 1990 als erster Oberbürgermeister nach der Wende noch mit DDR-Personalausweis gewählt. Maßgeblich organisierte er die Umgestaltung der Stadtverwaltung. 1998 folgte ihm der jetzige OBM, Wolfgang Tiefensee, der die Karrierechance nutzend, schnell noch der SPD beigetreten war.

1991 erhielt die Stadt Leipzig eine Investitionspauschale von 160 Millionen DM, ein Betrag der nach damaligen Kostenanschlägen für die Sanierung des Rathauses ausgereicht hätte. In vielen Kommunen wurde diese Pauschale auch vorrangig für neue oder aufwendig sanierte Rathäuser aufgebraucht. Angesichts dringender notwendiger Sanierungen und Modernisierungen in Schulen und Kindereinrichtungen oder Krankenhäuser und einer von Schließung bedrohten Musikalischen Kommödie setzte sich der Autor in der Stadtverordnetenversammlung namens der PDS-Fraktion mit einer großen Mehrheit aktiv dafür ein, dass jährlich nur ein Betrag von bis zu 10 Millionen DM für die Sanierung und Modernisierung des Neuen Rathauses und Stadthauses eingesetzt wird, um genug Geld für die dringende Sanierung kommunaler Einrichtungen zu erhalten. Deshalb macht es den Eindruck, als ob die Sanierung scheinbar schleppend vorgeht. • SIEGFRIED SCHLEGEL

Das Gesamtwerk des Architekten und Stadtbaurates Hugo Licht wird in einem weiteren Artikel ausführlich gewürdigt.



Der Rücken schmerzte. So unbequem saßen wir sonst nie im großen Leipziger CAPITOL. Kein Wunder, waren doch die Klappstühle ständig besetzt und so blieb nur der Gang rechts und links zum Hocken. Wir genossen es um Mitternacht, als Maximilian Schells Biographie über Dietrichs „Marlene“ gezeigt wurde, und noch keiner wußte, ob der Streifen auch ins normale DDR-Filmprogramm übernommen würde. Wir kriegten feuchte Augen, als Jane Fonda auf der Bühne stand. Wir sangen mit, als ein damals langhaariger Schöner namens Dean Reed zur Gitarre griff. Vor 50 Jahren begann die wechselvolle Geschichte des Leipziger Festivals zunächst als gesamtdeutsche Filmwoche. Ich damals noch ein Knirps. Wenn ich heute in den alten Zeitungen und Festivalberichten lese, dann berührt mich die damalige kulturelle Hoffnung auf ein zukünftiges geeintes Deutschland sehr. War es naiv? War es real? Inzwischen hat in dieser Angelegenheit zumindest die Zeit eine Antwort gegeben. Vermutlich haben es sich die damaligen Regisseure und Publizisten kaum so vorgestellt.

Vom Filmemacher Stefan Jarl stammt der wunderbare Satz: *Die Heimat des Dokumentarfilms ist die Gosse. Sein Platz ist bei denen, die keine Stimme haben, bei*

den Ungesehenen und Ungehörten im Hinterhof der Geschichte. Das ist sein historischer Auftrag und gleichzeitig sein Verhängnis.

Das Leipziger Filmfestival war für gelernte DDR-Bürger immer ein Fenster zur Welt. Jetzt haben wir die Welt und schauen mitunter ungläubig auch legendenbildend auf damalige Widerspiegelungen. Haben wir uns damals im Kino manches „schöner gesehen“, weil die Welt mitunter so weit weg war? Und wie erschreckend nah sind uns heute Filmbilder aus der Gosse, da auch sie inzwischen wieder zum realen Leipziger Leben gehört.

FENSTER ZUR WELT

Vor 50 Jahren das erste Kino-Film-Festival in Leipzig. Inzwischen längst nicht mehr in den legendären Häusern CAPITOL und CASINO, da sie nach der Wende in der Bachstadt den „Bach runtergingen“. Nicht nur die Häuser auch die Direktoren wechselten. Auch das ist der Lauf der Zeit.

Vom späteren Festivaldirektor Fred Gehler stammt der Satz: *Ich weiß um das Janus-Antlitz Leipzigs, um die Geschichten von Verrat und Opportunismus, von Servilität und Wahrheitsbeugungen, aber es blieb auch immer das Fühlen und Erfühlen filmischer Kunst. Das macht den Mythos aus, den zu bewahren sich lohnt.* Also auf ins Kino!

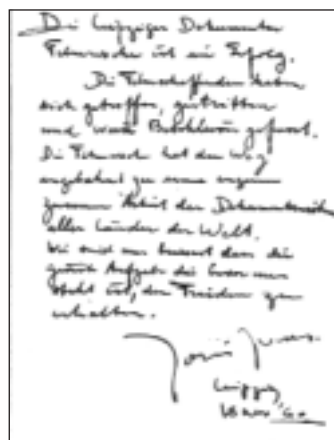
• MICHAEL ZOCK

Es beginnt zum guten Ton unter Koryphäen wie Debütanten des internationalen Dokumentar- und Kurzfilms zu gehören, sich nach Leipzig zu verabreden, gerade dort seine Filme der Kritik eines sachverständigen Publikums auszusetzen und sich der Meinung der Kollegen zu stellen.

(Filmkritiker Fred Gehler, 1964)

Die Normalität und das Besondere. Gehen wir auf die Suche nach Wirklichkeit. Finden wir unsere eigenen Antworten.

(Festivaldirektor Fred Gehler, 1996)



Die Leipziger Dokumentarfilmwoche ist ein Erfolg. Die Filmschaffenden haben sich gestritten und weise Beschlüsse gefasst. Die Filmwoche hat den Weg angebahnt, zu einer engeren Zusammenarbeit der Dokumentaristen aller Länder der Welt. Wir sind uns bewusst, dass die größte Aufgabe, die vor uns steht, ist, den Frieden zu erhalten.

Joris Ivens '60 (Zur Zeit Kuba)



Leipzig hatte wieder einmal Gäste. Nach der Herbstmesse 1960 traf sich beim 3. Festival nunmehr die internationale Filmwelt im Capitol. 27 000 Besucher wurden gezählt. 111 Filme aus 23 Ländern gehörten zum Programm.

Gründervater und Dok-Legende Karl Gass (Jahrgang 1917) erinnert sich ...

Karl Gass hat Filmgeschichte auch beim Leipziger Festival geschrieben. Und vielleicht machten ihn auch seine deutsch-deutschen Lebenswege 1955 zum engagierten Mitgründer dieses Ereignisses. Geboren in Mannheim. Später Wehrmacht und britische Gefangenschaft. 1946 Redakteur beim Nordwestdeutschen Rundfunk. Zwei Jahre später dann der Wechsel zum Berliner Rundfunk. Ab 1951 Mitarbeiter und Regisseur beim DEFA-Studio für Wochenschau und Dokumentarfilm. Er erinnert sich: *Es war die Zeit der Hallstein-Doktrin, die DDR durfte es aus westlicher Sicht nicht geben. Unser gedanklicher Ausgangspunkt war - wie es offiziell hieß - der „Kampf um die Einheit Deutschlands“. So sollte die Forderung Wilhelm Piecks „Deutsche an einen Tisch“ durch Filmkünstler aus Ost und West in Leipzig unterstützt werden.*

Das Sichkennenlernen bei der 1. Kultur- und Dokumentarfilmwoche war leicht. Die gleiche Sprache verband die Filmschaffenden und das Interesse an der Weiterentwicklung des guten, wertvollen Kurz- und Dokumentarfilms. Man muss aus heutiger Sicht vor allem bedenken, dass damals das Kino das

populärste Massenmedium war. Die ersten Filme der damaligen ersten deutsch-deutschen Filmwoche anno 1955 liefen im Festivalkino „Capitol“. (25 aus der DDR – 28 aus der BRD)



Es war wesentlich, dass jeder, der die Fehler des anderen sah, sie offen aussprach und zur Diskussion stellte. Die Jury bestand aus drei Vertretern Ost und drei Filmleuten aus dem Westen.

Wir hoffen sehr, dass die Zusammenarbeit in Zukunft recht fruchtbringend sein wird, erklärte Dr. Enseling von der westdeutschen Olympia-Film-Gesellschaft. Einladungen an die Mitarbeiter der DEFA in die Ateliers nach

München, Hamburg und Stuttgart folgten. Trotzdem war nach dem 2. Festival 1956 wieder Schluss. Karl Gass dazu: *Wir hatten erkannt, dass die Produktion in beiden deutschen Staaten nicht so umfangreich war, dass man damit jährlich ein nationales Festival bestreiten könnte. Deshalb wurde zunächst unterbrochen.* Der Regisseur sah allerdings Chancen für ein baldiges internationales Festival in Leipzig. Und so hat er weiter diskutiert und sich engagiert. Zum III. ab 1960 war es dann soweit. Gass ist hier übrigens noch immer Ehren-Gast. -ck

DOK-LEIPZIG – das internationale Festival für Dokumentar- und Animationsfilm, startete dieses Jahr einen Tag früher. Somit kann die Preisverleihung bereits am Sonnabend stattfinden. Der Sonntag wird dann zum sogenannten Publikumstag, auf dem dann schon alle Preisträgerfilme gezeigt werden können. Doch nicht nur das ist neu, es gibt auch einen anderen Kurztitel DOK-LEIPZIG, der die immer wieder beanstandete, etwas umständliche bisherige Formulierung ablösen wird. Erhalten bleiben aber die Angebote über die wichtigsten Produktionen des Jahres, aufregende Arbeiten von Nachwuchsfilmern, Diskussionen und Workshops, schräge Animation und interessante Wiederentdeckungen in der Retrospektive.

Das Festivalzentrum bekam endlich auch eine passende schöne Bleibe im neuen Museum der Bildenden Künste. Und wird zum Austausch- und Gesprächsort der Filmemacher und Besucher werden.

Neben den bereits bekannten Preisen vergibt im Jahr 2005 die DEFA-Stiftung einen Förderpreis in Form eines Stipendium von 4000 Euro. Er ist deutschen Filmemachern vorbehalten und soll Unterstützung geben, das nächste künstlerische Vorhaben auch finanziell abzusichern.

Die Retrospektive steht dieses Mal unter dem Motto: ROTE FILME SIEHT MAN BESSER. Sie widmet

sich dem politischen Dokumentarfilm der vergangenen 25 Jahre. Geplant und vorbereitet ist diese Woche ein umfangreiches Sonderprogramm für chinesische Dokumentarfilme. 2005 steht auch im Zeichen der großen Gefühle, wenn es heißt HERZFLIMMERN – GESCHICHTEN VON DER LIEBE. Man hofft auf ähnlich volle Kinos, wie im vergangenen Jahr, als der „Humor im Dokumentarfilm“ zu Gast war.

Nach Gastspielen in Paris und New York werden aufregende und phantasievolle polnische Animationsfilme

erstmalig in Leipzig gezeigt. Auch, dass in Dresden vor 50 Jahren das DEFA-Trickfilmstudio gegründet wurde, haben die Festivalgestalter nicht vergessen.

Albert Maysles zählt zu den amerikanischen Dokfilm-pionieren der „Direkt Cinema Bewegung“, die dort, dank mobiler Kameras und synchroner Tontechnik eine neue Qualität des Genres erreichten. Der Regisseur wird mit seinen Filmen in Leipzig erwartet.

Insgesamt 19 Arbeiten haben es in den Wettbewerb um die Goldenen und Silbernen Tauben geschafft. Themen wie Arbeit, Globalisierung, Terrorismus, Korruption und Medienkritik sorgen für einen brisanten und aktuellen, tiefgründigen politischen Disput. Auch der Jugendwahn der westlichen Welt wird anhand einer Rentnergemeinschaft in der Mojave-Wüste ironisiert. Und ... und ... und ... Also auf ins Kino!

• MIZO

FILME DER WELT



Wir zeigen Filme, die durch ihre Art der Verlangsamung in beschleunigter Zeit Nachdenken ermöglichen.

Wir zeigen Filme, die Vorurteile abbauen.

Wir bleiben auch in Zukunft ein Festival, das sich mit seinen Mitteln politisch einmischt.

(Festivaldirektor Claas Danielsen, 2005)

ROTE FILME SIEHT MAN BESSER

Der Titel der diesjährigen Retrospektive ist eine Anleihe an den Film Rolf Schübels *Rote Fahnen sieht man besser*. Da er den aber schon 1971 drehte, ist er auf Grund der zeitlichen Zäsur der Retrospektive „25 Jahre politischer Dokumentarfilm in Deutschland“ nicht im Programm.

Die ausgewählten Arbeiten spannen einen weiten Bogen und beschäftigen sich mit Themen, deren Halbwertszeit begrenzt schien, die heute aber wieder von erstaunlicher Aktualität sind und zu neuen Diskussionen herausfordern: Die Anti-AKW Bewegung, die Friedensbewegung, die Aufarbeitung von Rechts- und Linksterrorismus.

Zu sehen sind unter anderem:

Leipzig im Herbst (Regie: Andreas Voigt 1989)
Gundula – Jahrgang 1958 (Regie Gitta Nickel 1982)
Beruf Neonazi (Regie Winfried Bonengel 1993)
Winter ade (Regie Helke Misselwitz 1988)
Starbuck Holger Meins (Regie Gerd Conradt, 2001)

Dieses Jahr gehören alte und neue Dokumentarfilme längst zur „Droge Wirklichkeit“.

Zu sehen in Leipzig bis zum 9. Oktober.

• -CK



KINOBESETZUNG 1997 IN LEIPZIG

(Bericht der Sächsischen Zeitung vom 1. 11. 1997)

Kinopiraten entern Leipziger Filmkunsttheater

Von Udo Lemke

Der Filmprojektor rattert, in der Herrentoilette dröhnt das Stromaggregat, und im notdürftig von einem Scheinwerfer erhellten Saal lärmern hundert erwartungsfrohe Zuschauer. Sie sind in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag zur spektakulärsten Vorstellung dieser 40. Leipziger Dokumentarfilmwoche gekommen. Der Ort: das Filmkunsttheater Casino im Herzen der Messestadt. Seit fünf Jahren dämmert das legendäre Kino, in DDR-Zeiten durch sein subversives Programm zur Legende geworden, dahin. 1913 eröffnet, hat das Casino zwei Weltkriege und zwei Regime der Unfreiheit überstanden. Erst das Regime der Freiheit des Geldes hat ihm den Garaus gemacht. Angefangen hat die Aktion im Festivalkino Capitol. Da regneten

nach der Uraufführung von Fernando Birris „Che: Tod der Utopie?“ Flugblätter in den vollbesetzten Saal. „Räume öffnen. 55 000 Meter Film versus 55 000 Deutsche Mark“ ist darauf zu lesen. Diese Summe forderte die Aktiengesellschaft, die das Casino seit 1993 verfallen läßt, als monatliche Kaltmiete von den Betreibern. Ein Preis, der nur mit der Schließung des Kinos zu bezahlen war.

„Kommando Winfried von Kessler/ Grethe Weiser“ haben die Kinopiraten auf ihre Flugblätter geschrieben. Sie machen im Casino wahr, was jemand vor dem Haus auf einen Pfeiler gesprüht hat: „Wir wollen Kino statt Banken.“ Und so laufen preisgekrönte Animationen und Dokfilme an einem Ort, den es nicht mehr gibt. Utopie heißt wörtlich übersetzt: Der Ort, den es nicht gibt.

LachMesse

Unser Geheimtip zum 15. Europäischen Humor und Satirefestival:



HENNING VENSKE bleibt unangefochten in der Riege des politischen Kabarettisten der Fels in der Brandung. Schonungslos und rigoros deckt er jede politische Schweinerei auf und provoziert bitteres aber kräftiges Lachen. Ein gestandener Mann wie er, erfindet keine Programmtitel, sondern nennt seinen Lachmesse-Auftritt schnörkellos: SEIN AKTUELLES KABARETTPROGRAMM. LN meint: Zur LM darf man Venske am 13. 10., 20 Uhr, in der Pfeffermühle nicht verpassen. Es ist seine Leipzig-Premiere.

Der vor gut zwei Jahren ohne jedes Aufsehen im Leipziger Opernhaus verabschiedete Trunkenbold und Weiberheld *Falstaff* zog dieser Tage mit einigem Getös in die Musikalische Komödie ein. Allerdings ist's nun nicht der geistreich gewitzte von Giuseppe Verdi und Arrigo Boito, sondern der mehr biedere Otto Nicolais und des Ritters Salomon Hermann von Mosenthal. Weil Falstaffs später ritterlicher Standesbruder als Librettist beträchtlich unter dem Niveau Boitos blieb, sah sich der als Gast Regie führende Matthias Oldag zu einer neuen, heutigen Dialogfassung gedrängt, die aber wenig verbessert.

Von WERNER WOLF

Doch das Stück lebt ja vor allem durch vordergründige Komödiantik und die geschliffene, auch empfindsame Musik Nicolais. *Windsors lustige Weiber* Fluth und Reich führen Judith Kuhn und Alexandra Klose gewitzt und munter singend vor. Von den drei Bewerbern um Frau Reichs Tochter Anna (be-zaubernd Eun Yee You) triumphiert Seung-Hyun Kim als Fenton. Doch sobald Roland Schubert als Falstaff auftritt, beherrscht er mit seinem urwüchsigen Spiel und seiner musikalischen Gestaltungskraft die Szene. Das Bühnenbild zeigt die Fassaden und Zimmer der beiden Nachbarhäuser samt eingezäunter Vorgärten und eine Saunabar (statt des Gasthauses zum Hosensband). Die von Bettina Merz entworfenen Kostüme der Frauen folgen dem Muster und der Farbe ihrer Zimmertapeten, auch sonst sehen sie bunt aus. Matthias Oldag nutzt das für eine humorige und oft

Vielversprechende junge Dirigenten,

gedankenreiche Chorkonzerte und „Lustige Weiber von Windsor“

temporeiche Szenenführung. Doch Einiges zieht sich und fordert Straffung.

Roland Seiffarth musiziert mit dem Orchester und dem Chor der Musikalischen Komödie kultiviert und ausdrucksstark. Ob die schon vor Jahren reduzierte Streichergruppe bei solchen Werken nicht durch einige Gewandhauskollegen verstärkt werden könnte?

Im Gewandhaus gab es ein russisches Programm mit Michail Agrest (für den erkrankten Vassily Sinaiski) und ein russisch-polnisches mit Vladimir Jurowski als Dirigenten. Beide erwiesen sich als herausragende Begabungen der jungen Dirigentengeneration. Agrests Programm begann mit Edison Denisows feinsinniger, zart-verhaltener Kammermusik für Bratsche, Cembalo und Streichorchester mit der großartigen Tatjana Ma-surenko und dem überlegenen Michael Schönheit. Statt Gija Kantschelis sechster Sinfonie wählte Agrest bei so kurzer Vorbereitungszeit neun Sätze aus Sergej Prokofjews Ballett *Romeo und Julia*. Sie und die selten gespielte dritte Orchestersuite von Peter Tschaikowski gestaltete er mit großer Intensität und orchestralem Glanz.

Nach Modest Mussorgskis Vorspiel zur Oper *Chowantschina* in der orchestralen Fassung Dmitri Schostakowitschs stand im Konzert Vladimir Jurowskis zunächst Kolja Blacher als Solist des farbenreichen ersten Violinkonzertes von Karol Szymanowski im Mittelpunkt. Dann aber entfesselte der Diri-

gent mit Tschaikowskis Manfred-Sinfonie wahre Klangstürme, bewies aber auch Leichtigkeit und Empfindsamkeit.

Im ersten MDR-Matineekonzert gabs Vertrautes von Mendelssohn, Beethoven und Brahms, im Rundfunkkonzert mit Franz Schmidts Konzertanten Beethoven-Variationen für Klavier (vorzüglich Carlo Grante) und Orchester ein seltene, gut klingende und ehrlich empfundene Komposition. Doch wenn danach ein Werk wie die vierte Sinfonie des um 14 Jahre älteren Gustav Mahler erklingt, verdrängt das Genie das Talent.

Zwei außergewöhnliche Chorkonzerte zogen stattliche Zuhörerscharen an: Der Kammerchor Josquin des Préz führte in Gemeinschaft mit dem Calmus Ensemble Leipzig, dem Leipziger Concert und dem Bläser-Collegium Leipzig unter Leitung von Ludwig Böhme in der Thomaskirche in seinem fünften Projektkonzert die Messe Gaudeamus und zwei Motetten des um 1500 führenden Renaissance-Komponisten Josquin des Préz und Werke deutscher Meister nach verwandten Texten beispielhaft auf.

Der Gewandhaus-Chordirigent Morten Scholdt-Jensen erdachte für das Konzert *Im Herbst...* eine auserlesene Programmfolge mit Chören von Brahms, Schumann, Mendelssohn, dänischer und schwedischer Komponisten sowie vorwiegend dänischer Folklore und führte seinen Chor zu zauberhaften Klängen.

Die neue Schauspielsaison hat begonnen: provokant, energiegeladen, mit großartigen Bildern. Wolfgang Engels Sicht auf den nordischen Faust *Peer Gynt* von Henrik Ibsen zieht uns in ein Obdachlosenasyll hinein, in die Welt von Notbetten, Plastiktüten und grellem Licht. Hier phantasiert ein Peer Gynt, um sich aus dem neonlichtkalten Mikrokosmos der Ausgegrenzten und Gestrandeten zu flüchten und strebt nach Sinnengenuß und Lebensfreude. Er stürzt sich in Abenteuer, auch amouröse, sucht die Befriedigung, wird ein dubioser Händler, will Kaiser werden, landet im Kairoer Irrenhaus, fährt mit dem Schiff heimwärts und muss erkennen, dass er die

Suche nach dem Ich

wahre, reine Liebe bei Solveig findet. Das dramatische Gedicht von Henrik Ibsen ist voller Poesie, Schönheit, Bitterkeit, Symbolik. Regisseur Wolfgang Engel muss man eine schlüssiges Inszenierungskonzept, ein legitime Deutung des Stoffes bescheinigen. Nach der Enge des Obdachlosenheimes nimmt er uns mit in die große Welt, in der er phantasmagorische Traumwelten genauso wie bitterböse Realitätskulissen errichtet. Wir su-

chen das Gyntische Ich, erleben Schwänke, absurdes und episches Theater, die große Tragödie. Das Bühnenbild von Andreas Jander erweist sich als erstaunlich zweckmäßig, aus einem Bettgestellsaal wird grelle Wüste, hohe, wütende See. Aurel Manthei lebt und tobt als Peer Gynt, ein Zwitter zwischen Wüstling und armen Tropf. Katharina Ley als Solveig: innig liebend, schüchtern, fest im Glauben, ein modernes Gretchen.

Gleichfalls um Identitätsfindung dreht sich Arnolt Bronnens (1895-1959) *Recht auf Jugend* in der Neuen Szene. Arnolt Bronnen über sein rebellisches, expressionistisches Jugendstück: „Im Frühjahr 1913 überfiel es mich. Das war

meine Aufgabe: das Recht auf Jugend zu erkämpfen ... ich schrieb im eisigen Zimmer, halb im Dunkel und mit angehaltenem Atem ein wildes, ungeformtes Ding, ein siebenaktiges Drama ...“ Hans Harder (Jörg Malchow) stiftet seine Freunde zum Aufbegehren gegen die Eltern an. Roh, herzlos, auf alle Fälle laut und schwitzend. Und doch sind es die Frauen, in der Lesart von Regisseur Tilman Gersch, die die Fäden in der Hand haben. Mal sexy, mal naiv, immer bestimmen sie den Takt der revoltierenden Jungen: Stephanie Schönfeld als Rosa, eine Femme fatale im Seidennachthemd, Anja Schneider als liebessehnsüchtige Elsie.

• D. M.

Als Mitgestalter von Demokratie und Sozialismus in der DDR verstand sich die Anfang der 1980er Jahre gegründete Zeitschrift *Temperamente* von Beginn an. Mit dieser Vierteljahresschrift wandte sich der Verlag *Neues Leben Berlin*, seinem gewohnten Profil treu bleibend, vor allem an junge und junggebliebene Autoren und Leser. Und diese *Blätter für junge Literatur*, so der Untertitel, wurden zu Kult und Muss zumindest eines Teils der jungen Generation und verstanden sich durchaus nicht als Konkurrenz zu den renommierten Literaturmagazinen *Sinn und Form* und *neue deutsche literatur (ndl)*. In geringer Auflage und lediglich in den Buch- und Zeitschriftenläden der Großstädte erhältlich, galten diese „Blätter“ als Geheimtip in der Szene, kursierten in Freundeskreisen, manchmal nur eines bestimmten beeindruckenden literarischen oder literaturwissenschaftlichen Bei-trags wegen.

Vor 15, 16 Jahren im Strudel der Bürgerbewegung, als in der 40-jährigen DDR alles längst brodelt, sieht sich *Temperamente* bestätigt – im kulturellen wie im politischen Selbstanspruch. Am 1. Dezember 1989 redaktionell abgeschlossen, erscheint Nr 1/1990 im Januar des mit der deutschen Einheit schwangeren neuen Jahres, ganz den Ereignissen im Herbst 1989 gewidmet. Vorgelegt wird eine Sammlung von Briefen, Protokollen, Reden, von Tagebuchaufzeichnungen, Interviews, Nachrichten, auch von politischen Position-

Nr. 1/1990 - die Letzte

spapieren unterschiedlichster Richtungen.

Denen Raum zu geben, ist erklärtes Ziel der Zeitschrift auch nach der Wende; sie will den demokratischen Geist des Dialogs retten helfen. Kurt Masur, Peter Zimmermann, Bernd-Lutz Lange, Kurt Meier, Jochen Pommert, Roland Wötzel plädieren am 9. Oktober mit ihrem Aufruf an alle Leipziger Bürger für den „freien Meinungs-austausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land“. (S. 105) In einem offenen Brief vom 10. Oktober an das ZK der SED wünschen, sich auf Lenin berufend, 16 junge Berliner SED-Mitglieder „eine gleichberechtigte Stellung zwischen Zentralkomitee als Leitung der Partei und Zentralorgan, als unabhängigem Instrument der Diskussion und Kontrolle der gesamten Partei über die Politik des ZK“, um letztlich „den Sozialismus (zu) wahren“. (S. 116 ff.). Dagegen ruft am 16. Oktober ein Johannes Jansen in die Debatte: „BLEIBT AUF DER STRASSE! wir brauchen keinen ‚dialog‘ führen mit denen die kein verhältnis hatten zu dem was sie ‚volk‘ oder gar ‚abschaum‘ nennen ... DIE HABEN SCHLAGEN LASSEN (Anspielung auf die Dresdner Ereignisse – E. F.) die haben besonnenheit nötig nicht wir... kein obermeier ändert sich

außer aus angst ... seine gedanken sind stets von sorge erfüllt aber um nichts als die eigene stellung also bleibt auf der straße bis die endgültig das harte begreifen spüren ohne schummeln zu können“ (S. 130)

Aber schon am 1. Oktober steckt das *Neue Forum* mit einem offenen Problemkatalog zu den Themen „Wirtschaft und Ökologie/Kultur, Bildung, Wissenschaft/Rechts- und Staatswesen“ ein durchaus ertragträchtiges Dialogfeld ab. (S. 39 ff.)

„15 Jahre deutsche Einheit“, hieß unlängst ein „deutsches Jubiläum“; Dialog (wer mit wem eigentlich?) hat sich längst erübrigt, so er überhaupt jemals stattfand. Zeit der Gewinne, Zeit der Verluste? *Temperamente* jedenfalls ging uns verlustig, eine Zeitschrift, die ganz im Sinne derer agierte, die am Anfang der Montagdemos standen und mit allerlei Illusionen behaftet für demokratischen, humanen Sozialismus eintraten, das Feld aber bald anderen überließen (überlassen mussten?).

Temperamente teilte das Schicksal vieler – *Sinn und Form, ndl, DT 64* (statt letzterem kann man ja nun 24 Stunden am Tag den *Oldy.Sender Radio Sachsen* genießen ...).

Nummer 1/90 war die letzte Ausgabe, schließlich forderte die seit 15 Jahren auch im Osten Deutschlands herrschende Demokratie ihrem Tribut

• EKKEHARD FRITZ



Mitte: Oberstudienrat i. R. Horst Riedel, außen: Illustrationen aus dem Lexikon – Leipzigs berühmter Stand von Seiferts Oscar und der beliebte Botanische Garten
Foto: Schinkel

Gerade in diesen Tagen und Jahren ist die Sehnsucht vieler Menschen groß, sich mit der eigenen Geschichte selbst auseinanderzusetzen und sie sich nicht mehr von anderen „aufarbeiten“ zu lassen. Diesem Bedürfnis kommt eine neue Publikation mit dem „Stadtlexikon Leipzig von A bis Z“ entgegen. „Pro Leipzig“ e. V. gibt den Bürgern der Stadt das umfassendste Buch in die Hand, das je über Leipzig entstand. Auf fast 700 Seiten wird in 2400 Stichworten und 1200 Bildern Stadtgeschichte beeindruckend wiedergespiegelt. In nur fünfjähriger Bearbeitungszeit entstand das gut handhabbare Lexikon über die Pleißenstadt, die 1015 erstmalig in einer Chronik von Thietmar von Merseburg als „urbs Libzi“ erwähnt wurde. Das Lexikon spannt den Bogen von herausragenden geschichtlichen Ereignissen über äußere Bilder der Stadt, die Topografie und Architektur bis hin zur Leipziger Kunst und Kultur. Begriffe aus den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Bildung und Wissenschaft, Wohnungs- und Siedlungsbau, Militär, Gemeinwesen und

„Pro Leipzig“ und das Stadtlexikon

Ein bekennder Leipziger legt Zeugnis ab

Volkskunde komplettieren die Vielfalt der Angaben. Das Lexikon informiert aber auch über 80 Leipziger Ortsteile und ihre Entwicklung.

Horst Riedel, Chronist und Herausgeber – geboren in Berlin-Charlottenburg –, verdankt seinem Vater, dem Buchenwald-Häftling, dass er schließlich im Ost-Teil der Stadt Berlin eine bessere Schulbildung erfuhr. Er studierte am „Institut für Lehrerbildung“ und arbeitete später als Schulinspekteur in Berlin, Prenzlauer Berg. Doch die Liebe zur Geografie ließ ihn nie los, er schaffte es, an der Humboldt-Universität, Sektion Geografie, als wissenschaftlicher Mitarbeiter angenommen zu werden. 36-jährig, 1970, zog er nach Leipzig zu seiner Frau und erlebte

eine zweite Liebe: Leipzig selbst.

Kaum liegt nun das Lexikon vor, liebäugelt er mit einem weiteren Buch, und zwar über die wechselvolle Geschichte der Leipziger Straßen und ihrer Namen. Das Stadt-Lexikon Leipzig ist, darauf verweist Herausgeber Riedel, vor allem eine Autorenpublikation eines wissenschaftlichen Beirates, der aus über 300 idealistischen Experten besteht, die ehrenamtlich mitarbeiteten.

1997 umfasste seine Datenbank bereits 6000 Stichworte und Einträge. Als Riedel damit zum Verlag „Pro Leipzig“ ging, fand er in dessen Geschäftsführer Thomas Nabert einen Verbündeten, dem es im Zuge der „Wende“ immer auch um eine behutsame Stadterneuerung gegang-

gen war. Es gab und gibt unendlich viel Bewahrungswürdiges. Die Stadt Leipzig müsse sich auch in 20 oder 30 Jahren wiedererkennen lassen, meinte er. Sein gemeinnütziger Verein, der im nächsten Jahr sein 15-jähriges Jubiläum hat, widmete sich besonders dem Bereich der „Stadtforschung“, wovon zahlreiche öffentliche Veranstaltungen und Publikationen zeugen.

Das „Stadtlexikon Leipzig von A bis Z“ hatte da ganz folgerichtig einen zentralen Platz in der Vereinstätigkeit bekommen, das man nun mit Fug und Recht als das „Standardwerk“ der Leipziger Geschichte bezeichnen kann.

Apropos: Leipziger Geschichte. Warum hat die Stadt bisher immer noch kein Stadtschreiber-Amt eingeführt? Die Chronisten und Dichter dieser Stadt würden es gewiss mit freundlicher und kritischer Reaktion danken.

• J. F. SCHINKEL

Stadtlexikon Leipzig von A bis Z“. Hrg. Horst Riedel. Pro Leipzig e. V., 680 Seiten, 45 Euro

Das hatte noch nie ein US-Spion erklärt, den die DDR-Sicherheitsorgane geschnappt hatten. Sieberer, der am 24. Oktober 1982 verhaftet wurde, bekam immerhin 15 Jahre. Nach zweieinhalb Jahren wurde er mit einer größeren Gruppe von 25 Agenten ausgetauscht und laut Entlassungsschein am 11. Juni 1985 nach Westberlin entlassen. Hannes Sieberer hatte Glück gehabt.

Der noch keine 18 Jahre alte Österreicher war von der CIA als Agent angeworben worden und für den amerikanischen Geheimdienst von besonderem Interesse. Schließlich hatte er Verwandte in Ros-

„Ich saß zu Recht in Haft“

tock, und die arbeiteten in einer Werft, also an einer strategischen Schlüsselstellung. Sieberer warb seinen Cousin für den CIA, um Informationen an die Amis zu liefern. Schließlich bekam die Spionageabwehr der DDR Wind von dem Duo. Nach beider Verhaftung – beide waren geständig – kümmerten sich die Amis nicht um ihre Spione. Auch Interventionen des österreichischen Bundespräsidenten, des Kanzlers und des Außenministers prallten an Washington ab. Sie-

berer fühlte sich verheizt und vergessen. Herbert Kierstein, seines Zeichens Untersuchungsleiter bei der Spionageabwehr der DDR, konnte bereits auf vorher gesammelte Erkenntnisse anderer Sicherheitsabteilungen zurückgreifen.

Nach der Wende traf sich Sieberer mit seinem Jäger von der Spionageabwehr. Er besuchte die zur Gedenkstätte für all die „unschuldigen Opfer“ umfunktionierten Gefängnisse in Hohenschönhausen und Bautzen, wo er einen Teil seiner

Strafe abgesessen hatte, studierte auch seine Akte.

Sieberer erzählt in seinem Buch erstmals sein Agentenleben. Auch Kierstein berichtet über seine politische und berufliche Entwicklung in der DDR. Gemeinsam werfen Sieberer und Kierstein einen kritischen Blick zurück.

• KARL-HEINZ HITZE

Hannes Sieberer / Herbert Kierstein: Verheizt und vergessen. Ein USA-Agent und die DDR-Spionageabwehr. Verlag edition ost, Berlin 2005. 224 Seiten, 14,90 Euro

Der Journalist John Reed ist einer der wenigen Reporter, denen ein langer Nachruhm beschieden ist. Wer kennt nicht seinen Bestseller aus dem Jahre 1917 *Zehn Tage, die die Welt erschütterten*, den dokumentarischen Roman über die Oktober-Revolution. Als Zeuge der revolutionären Umwälzungen in Russland lernt John Reed in der Zeit von August 1917 bis April 1918 auch Lenin kennen. Mit seinem Buch liefert Reed den wohl besten und eindrucksvollsten Augenzeugenbericht über die revolutionären Monate in Russlands, in der eine neue, die sozialistische Gesellschaft ihren Anfang nimmt.

Dass John Reed einmal Partei für die Unterprivilegierten der Gesellschaft ergreift, war ihm nicht in die Wiege gelegt. Am 22. Oktober 1887 in Orland, Oregon, als Sohn wohlhabender Eltern geboren,

Reeds mexikanische Revolutionsballade neu aufgelegt

studiert er an der Universität Harvard und macht sich als Journalist und Schriftsteller einen Namen. 1913 erscheint unter dem Titel *SAGAR* der erste Gedichtband. In diesem Jahr beginnt auch seine Mitarbeit an der linken Zeitschrift „The Masses“ (übersetzt etwa Die Masse). Für das Blatt berichtet er als Reporter über Arbeitskämpfe der Textil- und Bergarbeiter in den Staaten. Sein Einsatz für die Rechte der Bergarbeiter bringt ihm nicht nur eine mehrtägige Haft ein, er beeinflusst auch seine Haltung gegenüber der amerikanischen Gesellschaft.

Dann arbeitet Reed für vier Monate in den Jahren 1913/14 als Journalist in Me-

xiko und berichtet in Reportagen für das Hochglanzmagazin „Metropolitan“ über die Revolution in diesem Land. 1914 erscheint unter dem Titel *INSURGENT MEXICO* (Aufstand Mexiko) sein Augenzeugenbericht über die Revolution und ihren Führer Pancho Villa – eine parteiliche und facettenreiche Sicht auf die Geschehnisse.

Nun liegt eine wohlfeile und neue Ausgabe seines Mexiko-Buches mit dem Titel *Eine Revolutionsballade – Mexico 1914* in der Reihe „Die Andere Bibliothek“ vor. Der Verlag übernahm die Übersetzung von Ernst Adler, die er 1972 für den Dietz-Verlag Berlin anfertigte.

Die Illustrationen des Bandes stammen vom mexikanischen Künstler José Guadalupe Posada, der in den Jahren von 1852 bis 1913 lebte. Über seine holzschnittartigen Darstellungen knüpft Posada an die native Form mexikanischer Kunst an.

Nachzutragen ist für Jüngere, dass John Reed, der mit anderen die KP der USA gründete, am 19. Oktober 1920 in Moskau an den Folgen einer Typhuserkrankung starb und an der Kremldauer beigesetzt wurde.

• KARL-H. WALLOCH

John Reed: Eine Revolutionsballade – Mexico 1914. Mit einem Essay von Hans Christoph Buch und Illustrationen von José Guadalupe Posada. Eichborn, Frankfurt (Main) 2005. 370 Seiten, 32 Euro

KALENDERBLATT

Im Oktober 1920:

Ein Zusammenschluss von Linken

Unter dem Einfluss der allgemeinen Linksentwicklung in der deutschen Arbeiterbewegung nach der Novemberrevolution 1918 erstarkte auch der linke Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), die Ostern 1917 in Gotha als Reaktion auf die opportunistische Burgfriedenspolitik des SPD-Parteivorstandes gegründet worden war. So wurde auf dem Leipziger Parteitag der USPD 1919 der Austritt aus der II. Internationale und die Aufnahme von Verbindungen zu der am 4. März 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale beschlossen, wodurch sich die innerparteilichen Konflikte zuspitzten.

Nach heftigen Auseinandersetzungen auf dem Außerordentlichen Parteitag der USPD in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920 sprachen sich 237 Delegierte gegen 156 Stimmen bei zwei Enthaltungen für den Anschluss an die Kommunistische Internationale aus. Nach dieser Abstimmung verließ die Minderheit das Tagungsgebäude und setzte den Parteitag separat fort. Der Parteitag der nunmehrigen USPD (Linke) bekundete in einem Aufruf seinen Willen, gemeinsam mit der KPD, die erst kurz vor den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 ihre Legalität errungen hatte, eine revolutionäre Massenpartei des deutschen Proletariats zu schaffen. Diesem Aufruf folgte die überwiegende Mehrheit der Mitglieder (rund 200 000). Damit wurden die Weichen gestellt für die Vereinigung des vormaligen linken Flügels der USPD mit der KPD, die auf dem Vereinigungsparteitag vom 4. bis 7. Dezember 1920 in Berlin besiegelt wurde. So entwickelte sich die KPD als erste kommunistische Partei in einem hochindustrialisierten Land zu einer Massenpartei mit rund 300 000 Mitgliedern in fast 2500 Ortsgruppen.

Hervorragende Arbeiterfunktionäre kamen auf diesem Wege in die Reihen der KPD: der spätere KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann sowie Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Theodor Neubauer, Walter Stoecker, Wilhelm und Bernhard Koenen u. a. m. Die Rest-USPD schloss sich am 24. September 1922 der SPD an. Von den 290 762 Mitgliedern gingen 206 065 zur VSPD. 85 000 wandten sich enttäuscht ab.

Die Suche nach einem Weg der sozialistischen Alternative unter den Bedingungen der Weimarer Republik setzte sich fort. Sie steht heute unter veränderten historischen Bedingungen nach wie vor auf der Tagesordnung.

• K. SCH./W. ST.

Straßennamen sind die billigsten Denkmale. Wenn es sich um solche handelt, die nach Personen benannt sind, dann widerspiegeln sie aber auch, in welcher Tradition sich die Namensgeber befinden, wes Geistes Kind sie sind. Das trifft ebenso auf die Streichung von Namen und auf Umbenennungsaktionen zu. Heute gibt es in Leipzig 2915 benannte Straßen und Plätze. Die meisten von ihnen tragen unverfängliche Namen von Orten, Pflanzen, Tieren etc. Unter den geehrten Personen dominieren Wissenschaftler, Künstler und Kommunalpolitiker. Es werden aber auch eine große Anzahl von Antifaschisten und anderen NS-Opfern geehrt. Das sind 42 Leipziger oder Personen mit Leipzig-Bezug und 59 ohne Leipzig-Bezug sowie 6 Ereignisse bzw. Ereignisorte. Insgesamt also wird in Leipzig mit 107 Straßennamen derer gedacht, die uns in besonderem Maße verbunden sind. Dass das so ist, verdankt die Stadt nicht nur der antifaschistischen Tradition der DDR sondern auch dem Wirken vor allem der Vertreter der PDS, vieler Einzelpersonen und einiger Organisationen, allen voran

Straßennamen

Bekenntnisse und Widersprüchliches

dem BdA, der IVVdN und den Christlichen Linken nach der Wende. Die letzteren haben auch großen Anteil daran, dass fast alle Straßennamenschilder der Naziopfer mit Erläuterungstafeln versehen wurden. Das ist wohl eine Besonderheit von Leipzig. Hier können Bürger für eigenes Geld solche Erläuterungstafeln sponsern, die dann am Straßennamenschild angebracht werden.

Mit der Wende setzte, so wie in fast allen ostdeutschen Städten und Gemeinden, sofort wieder ein Sturm auf die Straßennamen ein. In Leipzig traf es zuerst Karl Marx, Friedrich Engels und Wilhelm Liebknecht. Aber auch alle Genitiv-Namen (Straße des ...) wurden als russisch verschrien und gestrichen. Natürlich ging es auch fast allen DDR-Politikern an den Kragen. Unter den 38 im Jahr 1991 geänderten Straßennamen befanden sich aber auch

mit Erich Ferl, Bruno Plache und Hermann Rudkowski (ein jüdischer Spanienkämpfer) drei Leipziger Naziopfer. Das war im Vergleich zu anderen sächsischen Städten ein sehr geringer, wenn auch nicht entschuldbarer Verlust. Natürlich wurde auch die Ernst-Thälmann-Straße ihres Namens beraubt und schließlich auch der Dimitroff-Platz. Aber zu beiden gab es ja noch einen Platz bzw. eine Straße.

Ein neuer Anlauf zu Veränderungen wurde Mitte 1997 genommen. Die Stadt bildete eine Arbeitsgruppe aus Vertretern aller Fraktionen und sachkundigen Bürgern. Zur Diskussion gestellt wurden alle 335 nach 1945 nach Personen benannten Straßen, soweit sie nicht schon umbenannt waren. Aus ihnen wurden 176 Namen herausgefiltert, über deren Berechtigung oder auch Notwendigkeit der Umbenennung in der Arbeitsgruppe beraten wurde, darunter

außer den Geschwistern Scholl und Dietrich Bonhoeffer auch alle Naziopfer. Diese intensiven Beratungen zogen sich bis 2000 hin, und schließlich beschloss der Stadtrat die Umbenennung von 11 Straßen „aus politischen Gründen“. Darunter befand sich das Leipziger NS-Opfer Rudolph Renner und mit Jonny Schehr und Fierte Schulze zwei andere Naziopfer. Leider konnten auch die Straßennamennungen nach den Leipziger Widerstandskämpfern Karl Gelbke und Alfred Rosch nicht gerettet werden. Die wiederholten Angriffe auf den Leiter der größten Leipziger Widerstandsgruppe, Georg Schumann, wurden mehrmals knapp abgewehrt. Nach der Wende wurden in Leipzig mit einigen Straßennamen NS-Opfern ein Denkmal gesetzt. Das betrifft ehemalige Leipziger Juden (u. a. Daniel Katzmann, Samuel Lampet und Hedwig Burgsdorf), den Oberbürgermeister Carl Goerdeler, das Militärjustizopfer Fritz Wehrmann und auch Nichtleipziger Männer des 20. Juli 1944 (Tresckow, Hans Oster) sowie Maria Grollmuß, die Leipziger Sorbin.

• DIETER KÜRSCHNER

Vor 200 Jahren gegründet: der Brockhaus-Verlag

Ein Kapitel Leipziger Buchtradition

Wenn auf der Frankfurter Buchmesse dieses Jahres die ersten Bände der 21. Auflage der Brockhaus-Enzyklopädie mit 30 Bänden und 300 000 Stichworten erscheinen, ist damit ein gutes Stück Leipziger Verlagsgeschichte verbunden. Der Brockhaus-Verlag, dessen Hauptgeschäft von Anfang an die Enzyklopädie war, gehörte zu den traditionsreichsten und renommiertesten Verlagen der Leipziger Buchlandschaft.

Seit 1813 in Leipzig ansässig, heute mit einer eher bescheidenen Außenstelle der Lexikonredaktion ein Ableger eines westdeutschen Verlagsimperiums (ähnlich wie bei vielen hiesigen Unternehmen), steht der Verlag vor allem in der Tradition des deutschen Bildungsbürgertums mit all ihren progressiven und regressiven Seiten und widerspiegelt Höhen und Tiefen deutscher Kulturgeschichte. Die eher konservative Prägung – sichtbar auch in den im Brockhausverlag im 19. Jahrhundert verlegten Zeitung, der national-liberalen *Leipziger Allgemeinen Zeitung* bzw. *Deutschen Allgemeinen Zeitung* – wurde aber überlagert durch eine immer umfassendere Erschließung des zeitgenössischen Wissens, die einen Höhepunkt fand in dem 20-bändigen Großen Brockhaus (1928–1935), der teilweise aber schon empfindlich den Einfluss der faschistischen Herrschaft zu spüren bekam. Da sich die Firmeninhaber Fritz und Hans Brockhaus der Nazi-Partei ver-



Friedrich Arnold Brockhaus



Das Firmengelände in Leipzig bis 1943

weigerten und ihnen kein lückenloser Arier-Nachweis möglich war, entging der Verlag nur knapp der Enteignung. Die noch nicht erschienenen zwei Bände der 15. Auflage des Lexikons mussten im Sinne der NS-Ideologie überarbeitet werden, und 1939 erschien Band 1 der 15. Auflage in entsprechend veränderter Gestalt. Der Krieg verhinderte den Fortgang der Herausgabe. Ungeachtet der Versuche der Firmeninhaber, sich anzupassen, blieb es ihnen nicht erspart, im März 1944 auf die Verlags-Sperrliste gesetzt zu werden, die die Tätigkeit missliebiger Verlage unterband. Bereits zuvor, beim Bombenangriff am 4. Dezember 1943, hatte der Verlag große Verluste erlitten.

Während Hans Brockhaus im Juni 1945, einem Ruf der Amerikaner folgend, Leipzig verließ und dabei (laut LVZ) nur „das Allernötigste“ mitnahm – aber

offenbar nicht nur mit den erwähnten etwa 40 Karteikästen, da ein LKW in einem Konvoi US-Army geordert wurde – erhielt die Leipziger Firma bald eine Lizenz der SMAD zur Fortführung der Verlagstätigkeit.

Die Jahrzehnte danach waren geprägt vom – durchaus konfliktreichen – demokratischen Neubeginn in Leipzig und von der Fortsetzung der Verlagstradition in Wiesbaden, sondern auch vom Kalten Krieg. Das westdeutsche Unternehmen bemühte sich intensiv, allerdings vergebens, international mit Boykottandrohungen vor dem Kontakt zum aufstrebenden VEB Brockhaus zu warnen.

Ein neues Kapitel begann mit der Dezimierung, der Degradierung und dem Verkauf des Leipziger Verlages ab 1990, über die auch der Neubau in der Querstraße nicht hinwegtäuschen kann.

• GÜNTER LIPPOLD

Aus der Verlagsgeschichte

15. Oktober 1805 – Friedrich Arnold Brockhaus (1772–1823) gründet in Amsterdam den Verlag Roloff & Co. – als Nicht-Mitglied der Buchhändlergilde unter dem Namen eines Strohmanns.

1908 – Brockhaus erwirbt auf der Leipziger Buchmesse das unvollständige *Conversationslexikon* von Löbel und Franke und gibt zwei Ergänzungsbände heraus.

1812–1820 – Die 2. Auflage in 10 Bänden erscheint. Sie legt den Grundstock für die weitere Entwicklung, die zur 21. Auflage der Enzyklopädie im Jahre 2005 führt.

1814 – Umbenennung des Verlags in F. A. Brockhaus

1817 – Übersiedlung von Altenburg (seit 1811) nach Leipzig, wo in den folgenden Jahrzehnten neben weiteren Lexikon-Editionen belletristische und wissenschaftliche Werke erscheinen, so von Rückert, Casanova, Schopenhauer, Eckermann, Gutzkow und Tieck, später Schliemann und Sven Hedin.

1943 – Verlagshaus und Druckerei werden zu 78 Prozent zerstört.

1945 – Vor dem Einmarsch sowjetischer Truppen verlässt Firmeninhaber Eberhard Brockhaus Leipzig Richtung Wiesbaden und gründet einen Verlag unter seinem Namen, der seit 1953 wieder F. A. Brockhaus heißt.

1953 – Der Leipziger Verlag wird verstaatlicht und als VEB F. A. Brockhaus, spezialisiert auf geografische und Reiseliteratur sowie Nachschlagewerke, weitergeführt.

1990 – Der Brockhaus-Verlag Leipzig wird GmbH und muss trotz Millionen-Kredits und Personalabbau bald Insolvenz anmelden. Wie das Bibliographische Institut wird er vom Wiesbadener Verlag aufgekauft.



Von
**KLAUS
HUHN**

Womit beginnen? Ich warf eine Münze in die Luft und entschied mich für das Thema Profiboxen. Immerhin hatten 7,62 Millionen Fans den Kampf Krasniqi – Brewster im Fernsehen verfolgt. Das kann man nicht ignorieren. Sie wissen, was „Quote“ heute bedeutet!

Und dann noch, wenn 7,62 Millionen letztlich betroffen werden. Warum? Weil man ihnen am Bildschirm erzählt hatte, es würde ein „Nachfolger“ Schmelings gesucht, also ein „Weltmeister“ aller Klassen, wie ihn Deutschland nur einmal hatte, nämlich mit Schmeling. Und diese Version des Schmeling-Erbes war eine schlichte Lüge. Es gibt schon lange keine „Weltmeister aller Klassen“ mehr, schon weil derzeit ganze Scharen von Weltmeistern vor Fernsehkameras agieren.

Zur Erklärung dieser Feststellung erinnere ich daran, dass die *Berliner Morgenpost* am 27. Oktober 2004 das Plakat einer damals in Berlin-Pankow ausgetragenen Weltmeisterschaft im Schwergewicht publiziert hatte. Und natürlich war auch da von Schmeling die Rede und auch davon, dass der Sieger dieses Fights sich als Erbe Schmelings fühlen dürfe. Einer der beiden Kandidaten stammte aus Chemnitz, bestritt seit dem 15. April 2000 sieben Profikämpfe, von denen er einen nach Punkten und sechs durch k.o. verloren hatte! Geschäftstüchtige Typen nahmen keinen Anstoß daran, sondern gründeten einen neuen Box-Weltverband – Abkürzung WAA –, weil man in der Marktwirtschaft alles gründen darf, und verkündeten, dass die WAA in Berlin-Pankow den Weltmeistertitel im Schwergewicht vergeben würde, mieteten eine Turnhalle, engagierten zwei Billigboxer und ließen Plakate an alle Pankower Bäume kleben. Das einzige, was ihnen am ganz großen Geschäft fehlte, waren Fernsehkameras am Ring und dadurch angelockte Firmen, die an TV-Werbung interessiert und auch bereit waren, dafür gehührend zu bezahlen.

Noch zum Hintergrund: Niemand vermag heute mit Sicherheit Auskunft darüber zu geben, wie viel Weltboxverbände überhaupt existieren. Eingeweihte vermuten um die 27. Vier davon rühmen sich, die solidesten zu sein. Und jeder dieser vier führt Weltmeister in allen Gewichtsklassen und allem voran im zuschauerlockenden Schwergewicht. Einer dieser vier, nämlich die WBO, hatte sich des 100. Geburtstags Schmelings erinnert und reichere Geschäftsleute als die Pankower hatten in Hamburg die Weltmeisterschaft Brewster –

Krasniqi arrangiert. Die Fernseheinnahmen sicherten stattliche Gagen – Brewster 4,5 Millionen Dollar, Krasniqi 1,5 Millionen Dollar – und weil angeblich der Schmeling-Erbe gesucht wurde, kletterte die Quote dementsprechend. Das Resultat wird ihnen irgendwo begegnet sein – Krasniqi verlor durch k.o. ...

Noch einmal: Es ging darum, den „deutschen Nachfolger“ Schmelings zu finden. Schmelings Vergangenheit ist bekanntlich umstritten. Gemeint sind die Nazi-Jahre und die werden auch im Fall Schmeling heute hierzulande gern ignoriert, auch „weil er doch ein so sympathischer und erfolgreicher Boxer war ...“

Es gab noch mehr „runde Jahrestage“, die das Spektakel aufwerten sollten. Vor 75 Jahren war Schmeling

genau so hätte enden können, wie Schmelings Fight damals, denn in der zweiten Runde traf Brewster seinen Gegner mit einem Tiefschlag. Der Unterschied: Krasniqi blieb stehen und der Ringrichter machte keine Anstalten ihn zum Sieger zu erklären. Hätte er es getan, hätte die Schmeling-Parallele rundum gestimmt.

Wie ich schon erwähnte – und ich bin sicher, dass mir das auch die Kritik von Boxfans bescheren kann –, ist Schmelings Vergangenheit selten seriös „aufgearbeitet“ worden. So erschien unlängst eine 560-Seiten-Biografie, die Sätze wie diese enthält: „War es wirklich Nativität, die Schmeling dazu brachte, sich bei den Nazis anzubiedern? Sicher konnte er nicht ahnen, zu welchen

Verbrechen diese noch fähig sein würden. ... Schmeling war wohl eher zu den Verblendeten zu rechnen...“ (Kluge: *Max Schmeling*. Berlin 2004. Seite 197).

Der arme Max!

Mit solcher Nachsicht hat heute niemand zu rechnen. Das letzte Beispiel stammt aus Leipzig, wo man mit Michael Schiffner einen der erfolgreichsten deutschen Amateurrennfahrer als Manager eines neu formierten Radrennstalls wegen seiner „Stasi“-

Vergangenheit über Nacht feuerte. Die Vorgeschichte: Schiffner hatte über Jahre den Rennstall Wiesenhof geleitet, der auf eine Serie stattlicher Erfolge verweisen konnte, aber in finanzielle Nöte geraten und deshalb an die Firma Nordmilch verkauft worden war. Nordmilch übernahm Schiffner und jeder wusste, dass der zu DDR-Zeiten Auskunfts wünsche des MfS befriedigt hatte. Es wusste jeder, weil Schiffner nie ein Hehl daraus gemacht hatte. Sagen wir mal, so wenig wie Manfred Stolpe, der sogar eine MfS-Auszeichnung erhalten hatte, die Schiffner nie sah. Stolpe ist bekanntlich Bundesminister, Schiffner nun Arbeitsloser. Schiffners Vater war über Jahre DDR-Cheftrainer im Radsport und war auch dafür, dass die DDR vorankam. Auch im Radsport, wo die BRD viele erfolgreiche DDR-Radsportler zu überreden versuchte, ihre Heimat zu verlassen. Als die DDR ein einziges Mal zwei BRD-Rennfahrern Studienplätze an der DHfK garantierte und die daraufhin die Heimat wechselten, tönnte das Geschrei bis zum Himmel. Man drohte, allen Sportverkehr abzubauen und zeigte den DDR-Verband beim internationalen Verband an.

Die Frage bleibt: Was immer Schiffners Motive waren, Auskünfte zu geben, hätte ihm nicht – wie zum Beispiel Schmeling – zugute gehalten werden können, dass er ein „Verblendeter“ gewesen war? In der Nordmilch-Vorstandsetage ließ man derlei nicht gelten, nachdem die *DIE WELT* den „Fall“ verbreitet hatte. Nicht bekannt ist, wie sich Milchkäufer in Leipzig künftig verhalten, wenn sie ein Nordmilch-Produkt in den Regalen sehen. Zum Beispiel, wenn „Verblendete“ unter ihnen sind?

Sportkolumne

Gedanken am Ring und sonstwo

Weltmeister im Schwergewicht des damals einzig existierenden Weltverbandes geworden. Allerdings durch die Disqualifikation seines Gegners Jack Sharkey wegen eines Tiefschlags in der vierten Runde. Die New Yorker Box-Kommission stellte die Entscheidung des Ringrichters zunächst in Frage, erhob Schmeling aber dann doch mit 2:1 Stimmen in den Rang des Weltmeisters. Da der bald darauf mitteilen ließ, dass er seinen Titel nicht in New York verteidigen würde, annullierte die Kommission ihre Entscheidung. Schmeling war in New York nicht mehr Weltmeister, doch ignorierten die Box-Kommissionen anderer USA-Bundesstaaten diesen Beschluss. Andernorts verteidigte er also seinen Titel. 1932 kehrte Schmeling nach New York zurück, stieg zum Rückkampf gegen Sharkey in den Ring und verlor den Titel durch eine Punktniederlage. Wie man sieht: Auch damals ging es bei den Profiboxern schon ein wenig drunter und drüber. Allerdings war die Szene noch überschaubar. 2005 fällt das weit schwerer. Die vier einflussreichsten Verbände – WBA, WBO, IBF, WBC – führen alle ihre eigenen Weltmeister. Der von 7,62 Millionen verfolgte Kampf des Ex-Kosovo-Albaners Luan Krasniqi – derweil in Rottweil ansässig – gegen Lamon Brewster (USA) war also allerhöchstens eine 25-Prozent-Weltmeisterschaft und da das von dem Kommentator, der die 7,62 Millionen euphorisch über die Situation im Ring informierte kaum erwähnt wurde, blieb es ein schlichter Betrug zu behaupten, es ginge um Schmelings „Nachfolge“. Das festzustellen ändert nichts daran, dass Luan Krasniqi und Lamon Brewster sich einen großen Kampf lieferten, der übri-

Der Springer Konzern hat in der Hansestadt Hamburg bei Tageszeitungen ein Monopol. Und so konnte, wer in den aktuellen Ausgaben von *Hamburger Abendblatt*, *DIE WELT* oder *BILD* blätterte, über Wahlkampfpublikationen der Linkspartei höchstens etwas im Terminkalender finden.

Als Oskar Lafontaines Wahlkampfauftritt auf dem Gänsemarkt angekündigt werden sollte, quittierten die Anzeigen-Abteilung der *WELT* und des *Hamburger Abendblatts* dieses Ansinnen mit einem Satz: „Wir möchten Sie darüber informieren, daß wir in allen Zeitungen und Zeitschriften der Axel Springer AG keine Anzeigen der Partei Die Linke.PDS veröffentlichen.“

Das Pikante an diesem Boykott: Oskar Lafontaine ist ein ehemaliger Kolumnist von *BILD* und erhält nach wie vor ein monatliches Autorengeloh von Springer-Verlag.

In ihrer Verweigerungshaltung beruft sich die Berliner Verlagszentrale darauf, dass „die PDS in den Verfassungs-

schutzberichten mehrerer Länder erwähnt“ werde, mithin Zweifel an ihrer „Verfassungskonformität“ bestünden.

Auch nach den Bundestagswahlen sind die Privatisierungsankündigungen des CDU-Senats in der Stadt im Gespräch der Bürger. Mit dem von Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU) angekündigten Verkauf von 180 stadteigenen Immobilien geht es jetzt an das Tafelsilber der Elbmetropole. In der ersten Tranche stehen 34 Immobilien, darunter die der Justiz-, Finanz-, Wirtschafts- und Innenbehörde. Nach dem Verkauf sollen die Immobilien gemietet werden. Frage nur, wo liegt Hamburgs Vorteil bei diesem Deal oder welche Immobilienfirma soll damit bedient werden? Einmal auf den Geschmack gekommen,

nimmt jetzt der hanseatische Finanzsenator und Chefprivatisierer Wolfgang Peiner bereits weitere städtische Unternehmen ins Visier. Am konkretesten sind die Verkaufspläne für die HHLA. Das traditionsreiche Unternehmen wurde 1885 mit Namen „Hamburger Hafen- und Lagerhaus Aktiengesellschaft“ gegründet und ist das größte Hafenschlachtsunternehmen der Republik. Allein auf ihren drei Containerterminals werden Tag für Tag 12600 Containerboxen bewegt. Das Unternehmen mit einem Jahresumsatz 2004 von rund 716 Millionen Euro hat weltweit mehr als 63 Tochtergesellschaften und Beteiligungen. Die HHLA-Gruppe beschäftigt rund 3400 Werkätige, davon arbeiten 80 Prozent in Hamburg.

Nun will der Herr Senator bis zu 49 Prozent des boomenden Hafenunter-

nehmens, das komplett im Besitz der Hansestadt ist, abstoßen. Dieser Deal soll in den nächsten ein bis zwei Jahren abgeschlossen sein. Warum das Ganze? Peiner zum Verkauf gegenüber Hamburgs Journalisten: „Die HHLA ist ein kerngesundes Unternehmen, das aber jetzt investieren muss, um seine überragende Funktion für den Hamburger Hafen auch in Zukunft voll wahrnehmen zu können.“ Der 49-Prozent-Einstieg eines langfristig denkenden Investors soll um die 500 Millionen Euro in Hamburgs Stadtsäckel spülen. Die Gewerkschaft ver.di traut dem Frieden nicht. Hamburgs Gewerkschaftsvorsitzender Wolfgang Rose sieht in Peiners Teilprivatisierungsplänen einen Widerspruch: „Wir werden sehr genau beobachten, ob der Hafen zukunftsfest oder sturmreif gemacht werden soll.“

Merke: Verkaufen kann man nur einmal – ob sich das für Hamburg lohnt, wurde nicht gefragt.

• KARL-H. WALLOCH

BEI ANDEREN GELESEN

... Merkel steht eigentlich für nichts – oder eben alles. Von Parteiprogrammen ist man diese Beliebigkeit gewohnt, aber persönliche Profile von Politikern sind selten so unscharf. Merkel wirkt gleichzeitig bodenständig und abgehoben, volksnah und distanziert. Sie scheint überall reinzupassen, gleichzeitig immer aussen vor zu stehen. Das sei ja gerade das „Merkelige“ an ihr, schrieb die *Süddeutsche*.

Über die Merkeligkeit der Kanzlerkandidatin

Diese „Merkeligkeit“ muss auch ihren Biographen den letzten Nerv geraubt haben. Sechs verschiedene Bücher über Merkel sind im Umlauf. Aus wirklich allen lässt sich das Haareraufen der Autoren herauslesen, die verzweifelt versuchten, dem „Phänomen Merkel“ Interessantes abzugewinnen. ... In Gerd Langguths Biographie etwa wird erwähnt, dass „vor allem junge Christen ihrer Generation mit dem Aufmacher ‚Schwerter zu Pflugscharen‘ ein Signal gegen die zunehmende Militarisierung setzten. Er wurde zum Symbol der unabhängigen Friedensbewegung der DDR in den achtziger Jahren. Angela Merkel hat diesen Aufnäher nicht getragen.“ ...

Nach dem Studium promovierte sie an der Akademie der Wissenschaften in Berlin. Dort, aber hallo!, wurde Merkel Hausbesitzerin. Nach der Trennung von ihrem ersten Mann hatte sie keine Bleibe finden können. Freunde aus der FDJ brachen kurzerhand eine leerstehende Wohnung auf, Merkel zog ein. Fast wie in Kreuzberg, könnte man meinen. Östlich der Mauer aber lief es ein wenig anders: Kurze Zeit später wurden im Wohnblock die Herde ausgetauscht. Die Hausbesetzung drohte aufzufliegen, weil Merkel keinen Herd hatte. Wieder kamen die FDJler zu Hilfe, schleppten zur Tarnung einen kaputten Backofen von der Strasse in die Wohnung. Die staatlichen Handwerker kamen vorbei, tauschten das Ding gegen einen neuen Herd. Gute, alte Zeit. Dann plötzlich der Mauerfall. Am 9. November 1989 ging Merkel erstmal in die Sauna, wie jede Woche. Danach schaute sie kurz mal in West-Berlin vorbei, blieb auch nicht lange, denn sie „musste am nächsten Morgen früh raus“. So ausgeruht begann sie den schnellen Marsch durch die politischen Institutionen ...

• JOCHEN HUNG, in: *junge Welt*, 17.9.05

Es war ein echter Freudentag für zahlreiche ostdeutsche Bürger, der 18. September 2005. Nach der Euphorie, die dem Beitritt der DDR zur BRD folgte und der sich anschließenden Ernüchterung, die von einer lähmenden Lethargie begleitet war, haben viele Ostdeutsche nach den im „Rechts“staat gemachten negativen Erfahrungen ihre verschüttete Würde wiedergewonnen und eine selbstbewusste Entscheidung getroffen und der Linkspartei.PDS zu einem eindruckvollen Ergebnis verholten. Gleichzeitig verpassten sie den großen Parteien, namentlich der CDU, einen ordentlichen Dämpfer. Es ist, glaube ich, nicht übertrieben von einer Zäsur im Stimmungsbild der Ostdeutschen zu sprechen.

Die Bürger haben erkannt, dass das Pro-

Für überzeugte Sozialisten war der 18. September 2005 durchaus ein Freudentag. Der Einzug einer Fraktion der Linkspartei mit respektabler Stärke beendet eine Periode, in der die Betroffenen der Politik des Sozialabbaus keine hörbare Stimme im Parlament hatten. Es hat sich ganz klar erwiesen, dass man gemeinsam stärker ist als PDS und WASG für sich allein. Diese Erfahrung sollte genutzt werden, um entschlossen an dem Fundament gemeinsamer Ziele und Vorstellungen weiter zu bauen, und nicht in den alten Fehler der Linken zu verfallen, sich nun durch fruchtlose Debatten über noch vorhandene Meinungsverschiedenheiten und Unterschiede aufzureiben.

Von beiden Seiten muss das Herangehen von den bereits bestehenden Übereinstimmungen getragen sein, auch beim Austausch über die durchaus noch vorhandenen Meinungsunterschiede. Es sollten nur Argumente zur Sprache kommen. Vor allem muss man mit Vorurteilen möglichst rasch aufräumen. Um ein Beispiel zu nennen: Es ist wirklich an der Zeit, die immer wieder kolportierte These, dass die PDS immer noch eine Art Fortsetzung der SED sei, als das zu bewerten, was sie wirklich

Viele Wähler fanden ihre Würde wieder

gramm dieser Partei als einziges von ökonomischer und sozialer Ausgewogenheit und der Wahrung der Interessen der einfachen Menschen geprägt ist. Große Zustimmung hat auch das kategorische Nein der Linkspartei.PDS zu jedweden Kriegseinsätzen (die mitunter auch als „Friedensmissionen“ getarnt sind!) gefunden.

Mit der nach der Wahl eingetretenen Patt-Situation entstand für die großen Parteien ein selbstverursachtes Dilemma. Jeder fragt sich: Wohin steuert das bereits angeschlagene Schiff BRD? Die

Wähler haben entschieden, nun sollen die „Volks“parteien selbst sehen wie sie aus der verfahrenen Situation wieder herauskommen.

Es ist schon ein merkwürdiges Demokratieverständnis, wenn die Linkspartei.PDS auch nach ihrem respektablen Ergebnis, weiterhin als das Schmutzkind der Parteienlandschaft betrachtet wird. Das ist eine grobe Missachtung des Wählerwillens und eine Beleidigung der Bürger, die dieser Partei ihre Stimme gaben.

G. FLEISCHHAMMER, LEIPZIG

Erwartungen an die Linke

ist, nämlich durch Rekurs auf den eingeübten Antikommunismus in der alten BRD sich eine sachliche Auseinandersetzung mit den Argumenten PDS zu schenken und sie politisch zu ghettoisieren. Der PDS kann man gewiss eine ganze Reihe von Fehlern vorwerfen, und Kritik an ihrer Politik ist auch weiter vonnöten, aber eine Fortsetzung der politischen Ideologie und Praxis der SED kann man ihr nur wider besseres Wissen vorwerfen. Das dürfte den ostdeutschen WASG-Mitgliedern klar sein.

Die Tatsache, dass die Mehrzahl ihrer derzeitigen Mitglieder ehemals der SED angehörte, widerspricht dieser Feststellung nicht. Es sind das vornehmlich solche Mitglieder, die es mit den sozialistischen Idealen, die die SED vorgab zu vertreten, ernst meinen und ihnen auch heute noch die Treue halten. Diejenigen, die der SED beigetreten waren, weil sie Karriere machen oder an der Machtausübung partizipieren wollten, haben sich nicht der PDS angeschlossen. Sie

gehören jetzt den staatstragenden Parteien an oder sind zumindest deren Wähler. Und was die heutigen Führungskräfte der PDS angeht, so weiss jeder Sachkenner, dass sie einer ganz anderen Ebene angehören, als die der alten SED.

An die Linkspartei richte ich als ihr Wähler die dringende Bitte, alles zu tun, damit dieses Projekt ein Erfolg wird. Ich spreche von keiner monolithen Organisation. Eine linke Partei mit Zukunft ist ein lebendiger Körper, in dem leidenschaftlich darum gestritten wird, wie die Interessen der Nichtprivilegierten dieser kapitalistischen Gesellschaft am besten vertreten und nach Möglichkeit durchgesetzt werden können. Das erfordert viel Kreativität und Flexibilität. Das wird sich nur erreichen lassen, wenn sie aktiv am gesellschaftlichen Diskurs über diese Fragen teilnimmt und auch Stimmen ausserhalb ihrer Reihen nicht ignoriert.

PROF. DR. HELMUT MEIER
LEIPZIG

Schnittmenge

Der aus der Mathematik stammende Begriff Schnittmenge könnte zum Unwort des Jahres werden. Gegenwärtig suchen SPD und CDU/CSU gemeinsame Punkte darüber, wie man das Volk in einer eventuellen Großen Koalition am Besten übers Ohr hauen kann. Solcher Art von Schnittmengen wurden bereits vor der Wahl bei der Umsetzung der sog. „Gesundheitsreform“ und von Hartz IV gefunden. Es ist zu fürchten, dass die potentiellen Koalitionäre nun auch unheilvolle Schnittmengen z. B. bei der Rente und bei der Pflegeversicherung entdecken.

GÜNTHER RÖSKA,
LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.
Die Redaktion

Matze, UNSER MANN IN MÜNCHEN

Die meisten Sektflaschen blieben zu, die Stimmung war gedämpft. Den ganz großen Sieg hatten die Parteistrategen der CSU erwartet. Stattdessen jedoch Freude bei der SPD, Bestürzung bei der CSU angesichts des als desaströs empfundenen Absturzes der Bundes-Union von nahezu absoluter Mehrheit auf kaum ein Prozent Vorsprung gegenüber der SPD. In Bayern hat die CSU als Platzhalterin der Union ebenfalls deutlich verloren: Mit 49,3 % der Stimmen hat sie ihr Wahlziel klar verfehlt. Gegenüber der Bundestagswahl 2002 ist dies ein Verlust von 9,4 Prozent-Punkten, 820 516 Stimmen weniger.

Und auch die lokalen Ergebnisse lieferten nur wenig Grund zur Freude: 37,5 Pro-

zent der Zweitstimmen sind mager angesichts 44,6%, die die CSU in München bei den Wahlen 2002 noch erreicht hatte. Und dass die Partei die drei Direktmandate halten konnte, lag nicht zuletzt wohl daran, dass sich SPD und Grüne in die Quere gekommen sind, dass die Direktkandidaten der Grünen den SPD-BewerberInnen die entscheidenden Prozente abspenstig gemacht haben.

Offensichtlich war es nicht nur das fehlende Charisma der oft linkisch und unbeholfen wirkenden Kanzlerkandidatin der Union, die sich von ihrer Hassliebe Edmund Stoiber dadurch unterscheidet, dass Stoiber wenigstens authentisch wirkt – der Mann glaubt wirklich, was er sagt. Nein, einer der Gründe für das

Scheitern der bayerischen CSU ist wohl in der ganz simplen Tatsache zu suchen, dass diese Stoiber, Huber und Klos' nach innen und außen für das Law-and-order-Gehabe der vergangenen Ären des Franz Josef Strauss und seines Pfälzer Polit-Enkels stehen – dies zeigen natürlich auch die vieldiskutierten Wahlkampfäußerungen Stoibers. In ihrem Dogmatismus und ihrer bayernzentrierten ideologischen Engstirnigkeit, wie sie sich nicht zuletzt auch in den Hasstiraden gegen linke Politiker äußern, verkörpern die mit absoluten Mehrheiten verwöhnten alten Herren der CSU einen ähnlichen Politikertyp wie der jener Politbüromitglieder, die – ideologisch ebenfalls in einer Ein-Parteien-Regierung gefangen –

seinerzeit jede Bodenhaftung verloren hatten und nicht verstehen konnten, dass sich die Zeiten halt ändern. Angesichts des starken CSU-Einflusses in der Union hatte die ihr Machtstreben in Kohlscher Manier auslebende Merkel nur eine Chance: Sie musste als Sprachrohr antiquierter konservativer Dogmen funktionieren – eine undankbare Rolle, in der die uckermärkische Pastorentochter nicht zuletzt auch aufgrund ihrer eigenen Vita niemals authentisch wirken konnte. Der Unterschied zu früher: Die mündigen Menschen wenden sich allmählich nicht nur von der Kopie, sondern auch vom Original CSU ab. Die Abenddämmerung der „Großkopfertent“ hat begonnen.

Ihr Matze

Ende der blau-weißen Herrlichkeit

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 11. Oktober, 19 Uhr, Leipzig

Kolloquium „Was ist Gemeinschaft“ *Subjektsingularitäten*. Mit Markus Steinweg, Berlin.. In Zusammenarbeit mit AG Kopfschlag am Philosophischen Institut der Universität Leipzig, StudentInnenRat und Nietzsche-Gesellschaft e. V.

Universität Leipzig, GWZ, Beethovenstr. 15

Mittwoch, 12. Oktober, 18 Uhr, Chemnitz

Die Rechten in den EU-Ländern. Mit Prof. Dr. sc. Karl-Heinz Gräfe, Freital.

Soziokulturelles Zentrum Quer Beet, Rosenplatz 4

Mittwoch, 19. Oktober, 18 Uhr, Chemnitz

Buchvorstellung: *Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil – Deutschlands Reformirweg im Lichte des skandinavischen Erfolgsmodells*. Mit der Autorin Dr. Cornelia Heintze, Stadtkämmerin a. D., Politologin und Coach, Leipzig.

Soziokulturelles Zentrum Quer Beet, Rosenplatz 4

Mittwoch, 19. Oktober, 19 Uhr, Dresden

Buchvorstellung: *und geh nicht ohne gruß*. Mit Rudolf Scholz, Dresden

WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 20. Oktober, 17.30 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Kultur contra Politik. Zu slawisch-deutschen Kulturbeziehungen*. Mit Prof. Dr. Manfred Jähnichen, Berlin ***

Harkortstr. 10

Sonnabend, 22. Oktober, 15.30 Uhr, Leipzig

Neue Chancen und neue Gefahren für Kuba. Mit Harri Grünberg, Berlin, Mitarbeiter des außenpolitischen Sprechers der Linkspartei.PDS Wolfgang Gehrke. Musikprogramm mit dem Singeklub „Che Guevara“, Dresden. In Zusammenarbeit mit Cuba si Leipzig

Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt. Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Notwendigkeit und Last kommunaler Abgaben

Der **OWUS Stammtisch** findet am **24.10.2005 um 19 Uhr** im City-Cafe Markkleeberg, Rathausstraße, statt.

Vertreter von Kommunen sprechen u. a. zu Fragen und Problemen der kommunalen Haushalte und zur Abgabengliederung.

Vertreter von Unternehmen aus der Region werden die Aussagen aus ihrer Sicht kommentieren.

Wir bitten um rege Teilnahme.

Anmeldungen an: **Gerald Bindig, Tel.: 03 41 / 35 01 97 40**

Frauenkultur e. V.

Leipzig, Windscheidstr. 51

Uhr, 23. 10., 10–15 Uhr: Den Laden schmeißen – Existenzgründungsseminar nur für Frauen. Begrenzte Teilnehmerinnenzahl – Anmeldung bis 17. 10., Teilnahmegebühr 75 Euro

21. 10., 18–21 Uhr, 22. 10., 10–17

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

14. und 15. 10., 20 Uhr: Ein wundervoller Sonnenuntergang. Jugendtheaterprojekt – ab 15 Jahre

18 und 19. 10., 10 und 14 Uhr, 20. 10., 10 Uhr: Prinz Rudolf mit Clomm Gerno Knall – ab 6 Jahre

23. 10., 16 Uhr: Das Tierhäuschen. Kindertheaterprojekt – ab 7 Jahre

Wandern mit den „aktiven Senioren Leipzig“

13. 10., 9.30 Uhr: Treffpunkt Haltestelle „Gerhard-Ellrodt-Str. (Linie 3) in Großschocher. Ziel ist der rekonstruierte Schönauer Park

Halbtagswanderungen:

11. und 20. 10., 9 Uhr: Treffpunkt Haltestelle „Adler“ in Kleinzschocher (Linien 1, 2 und 3): Wanderung nach Windorf

Deutscher

Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31(HH)

20. 10., 16.30 Uhr: Fragwürdige sächsische Gedenkstättenpolitik. Vortrag und Diskussion mit Dr. Maxi Wartelsteiner

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
Straße des 18. Oktober 10a

14. 10., 19 Uhr: Volleyball mit Grillen für Jugendliche

20. 10., 19 Uhr: Walter Stallinger liest aus seinem Roman *Russki chleb – Russisch Brot*

Initiative

Christliche Linke

10. 10., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig, Prof. Dr. Siegfried Bönisch: *Gewalt in den Medien*

BUCHHANDLUNG RIJAP

Literatur für SIE

Im Oktober neu bei uns:

Ulrich Maurer, Hans Modrow (Hrsg.): *Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei.* edition ost, 12,90 Euro

Landolf Scherzer: *Der Grenzgänger*
Aufbau-Verlag, 19,90 Euro

Franz Alt, Rosi Gollmann, Rupert Neudeck: *Eine bessere Welt ist möglich.* Riemann Verlag, 19 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage, 04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum, 04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center, 04357 Mockauer Str. 123

Neue Chancen und neue Gefahren für Kuba

Gemeinsame Veranstaltung der AG Cuba si und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

Sonnabend, 22. 10., 15.30 Uhr,

Bürgerverein Messemagistrale, Leipzig, Str. des 18. Oktober 10a

Referent:

Harri Grünberg (Berlin), Mitarbeiter des außenpolitischen Sprechers der Linkspartei.PDS

Musikalische Umrahmung:

Singeklub „Che Guevara“ (Dresden)

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:

FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruherstraße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter



Mag uns der Wind der Marktwirtschaft auch noch so beuteln. Wir stehen! Leicht gekrümmt. Aber wir stehen! Auch dank Ihrer Hilfe – die wieder einmal dringend nötig ist!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860
555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündigt.

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

EISENMÄNNER ganz unter sich

Ich liebe Prag. Immer schon. Auch wegen der Knödel mit Lendenbraten in Orangensoße mit dem Schlag-sahneklecks oben drauf, dem Schoppen Roten aus der Gegend von Melnik und dem Gläschen Becherovka zur Verdauung. – Wie könnte ein friedfertiger, zuweilen sogar harmoniestüchtiger Mensch wie ich nach so einem Genuss daran denken, sich mit einem anderen dermaßen in die Haare zu kriegen, dass der ganze Wenzelsplatz zusammenläuft?

Was vor einer Parade absolut stummer, dafür umso martialischer dreinschauender Eisenmänner kürzlich dennoch geschah. Die mit bulligen Flanschen zusammenschraubten Muskelprotze soll der Betrachter als Produkte einer industriellen und totalitären Zivilisation begreifen, in der Personen und ihre Teile nur noch multiplizierbare und willkürliche Elemente im Raum darstellen, auch im politischen – so übersetzte ich vor mich murmelnd den Text der am Boden installierten Tafel. Aber ehe ich die Arbeit geschafft hatte und darüber nachdenken konnte, was der – übrigens polnische – Künstler Zbigniew Franczkiewicz ausdrücken wollte, raunte es mich von der Seite im Brustton tiefster Überzeugung an: „Das meint die Zeit nach Dubcek! Absolut! Sieht doch jeder!“

Ich sah es nicht ganz so und widersprach freundlich, dies sei wohl philosophischer und tiefgründiger und eher weltumspannend gemeint.

Aber so entlarvt sich bloß ein unbelehrbares Ossiwesen.

„Ihr! Ihr seid doch hier einmarschiert!“, schrie es aus einem wutweißen Gesicht. Wacker erinnerte ich den mittelalten Alt-BRD-Mann, die NVA sei mit keinem Mann und keiner Maus in Prag, nur an der Grenze, und zwar auf DDR-Boden, in Bereitschaft gewesen. Sicher, wenig untertänig war es schon, als ich nachschob, er sollte sich vielleicht



mal mit den damaligen Ereignissen beschäftigen, ein bisschen nachlesen, sich Wissen aneignen, ehe er so selbstherrlich um sich schlage. Hohnlachend und per du, wie man schließlich generell mit älteren Damen umgeht, kreischte er: „Etwa deine Honecker-Bücher?“ Und drohend: „Ich war bei der Bundeswehr, ich war dabei, ich weiß Bescheid!“

„Die Bundeswehr war 1968 in Prag?“, fragte ich hinterlistig. Mein Grinsen verriet mich.

Ich dachte, dem fliegen gleich sämtliche Hemdknöpfe weg, so blies er sich auf: „Halt dein dreckiges Maul! Du... du... du...! Ihr fresset euch hier auf unsere Kosten fett. Wir bezahlen eure dicken Renten. Nix gearbeitet! Faul rumhängen! ...“

Selbst Zbigniew Franczkiewicz wäre womöglich schockiert gewesen, seine Reihe hirnloser *iron men* um einen 11. bereichert zu sehen.

MILIANE MAUS



Wanderungen durch Neufünfland

WEIL ICH NICHT GLAUBEN WOLLTE, was man mir rund um Potsdam erzählte, beschaffte ich mir beim Tourismusverband ein Prospekt: „Auf einer Länge von rund 1,5 Kilometer Länge zog sich rund 250 Jahre lang ein Kanal durch Potsdam. Er entstand durch die Begräbnung und Verschälung früherer Entwässerungsgräben. Alles geschah nach holländischem Vorbild. Der Kanal war allerdings nichts für feine Nasen. Immer wieder tauchte die Forderung auf, ihn zuzuschütten. Im Zuge einer autofreundlichen Umgestaltung der Potsdamer Innenstadt Mitte der sechziger Jahre, wurde die Zuschüttung Realität. In den neunziger Jahren erstreckten sich die Bemühungen um die Bewahrung der noch vorhandenen historischen Orte in Potsdams Mitte auch auf den Stadtkanal. 2001 war ein Teilstück wieder freigelegt.“

Ich staunte ein wenig, aber nur eben nur ein wenig, denn heutzutage ist alles möglich. Dann erzählte mir jemand, dass sich die Obrigkeit auf dem strikten Weg in die Vergangenheit in der Kanalfrage nicht bremsen lässt. Bis 2016 soll der Kanal wieder in alter Pracht entstehen. Die Stadt Potsdam muss dafür 15,6 Millionen Euro berappen, nicht gerechnet die Privatgrundstücke, die noch erworben werden müssen, um dem Kanal die nötige Baufreiheit zu verschaffen. 558 Auto-Parkplätze müssen geräumt werden. Im Wege steht auch ein eben modernisierter Fernwärmeverteiler und niemand weiß bislang, wie viel Kilometer Rohre neu verlegt werden müssen. Als Potsdam den Tag der Einheit feierte, ließ man die weltbesten Paddler auf dem Kanal starten und da der dazu geflutet werden sollte, musste Wasser her. Auch das kam – nämlich Potsdamer Trinkwasser. Das mochte man verständlicher-

weise nicht publik machen, denn was sollte man den pausenlos zur Sparsamkeit aufrufenden Politikern sagen, wenn die erführen, dass in Potsdam Trinkwasser in Kanalwasser umgewandelt wird? Möglicherweise mit Mitteln, die die ohnehin schon erbotenen Wessis aufbringen müssen?

ICH GING ALLEM ÄRGER AUS DEM WEGE und floh gen Norden. In Altentreptow legte ich eine Rast ein und dort in der Schenke erzählte man: In der dortigen Stadtverwaltung sind 61 Angestellte tätig. Höchstens 46 sind erlaubt. Elf gehen nächstes Jahr in Altersteilzeit. Es blieben also noch 50 statt 46. Wie löst man dieses Problem? Früher, als die verdammte DDR noch existierte, holte man einen versierten Kaderleiter, der das Problem in – grob geschätzt – vier Stunden im Griff hatte. Heute wird eine „Beratergruppe“ engagiert. Sie kassiert dafür 20 000 Euro. Noch Fragen? ICH TRANK MEIN BIERGLAS LEER UND ZOG WEITER. Kam erst wieder zur Ruhe, als ich auf Usedom die Kaiserbäder erreicht hatte. Sie wissen hoffentlich, dass sich da einige Gemeinden zusammengetan haben, die jetzt vom „Kaiserbäder-Bürgermeister“ Kottwittenborg (CDU) regiert werden. Aber nicht mal in den Kaiserbädern funktioniert die Bürokratie. Bei Bansin soll schon lange das wuchtige „Grandhotel Usedom“ entstehen. Als die Anwohner protestierten, wurde das Projekt verschoben und die Investoren packten ihre Koffer, überließen aber ihre Zimmer den nächsten Investoren. Die machten sich ans Werk, neue Proteste folgten, Prozesse hinterdrein. Nichts tat sich. Noch immer parken Autos, wo eigentlich Grandhotel-Gäste flanieren sollen – Herrschaften, wenn das der Kaiser wüsste!

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Rügenfisch ist mit 120 Beschäftigten der größte Arbeitgeber auf der Insel. ...

In Saßnitz waren zu DDR-Zeiten 100 Fischkutter stationiert. Von 42 Sechszwanzig-Meter-Kuttern sind 10 übrig geblieben. Die anderen wurden von der Treuhand bis nach Indonesien verschertelt.

Auf Rügen gibt es z. Z. neun Fischerei-Lehrlinge.

Holländische Eigentümer haben in Mukran, u. a. mit Fördermitteln, ein neues, fast vollautomatisches Fischwerk errichtet. „Euro Baltic“ kann täglich 500 t Heringe filetieren. Es können bis zu 20 000 t Fisch bei Minus 28 Grad eingelagert werden.

NDR 9. 9.

Wer sich in der BRD für ein geisteswissenschaftliches Studium bewirbt, erhält oft zur Antwort: So viel Taxifahrer brauchen wir doch gar nicht.

DLF 13. 9.

Vom Eigenbetrieb Arbeit des Kreises Merseburg Querfurt werden Langzeitarbeitslose sogenannten Bildungsträgern überlassen. Diese vermitteln sie dann an Firmen, wo sie als Praktikanten 6 Monate 30 Stunden in

der Woche ohne Gehalt arbeiten müssen. Es kommt nicht selten vor, dass sie im gleichen Betrieb, in dem sie vor ihrer Entlassung vollbeschäftigt waren, nun als Praktikanten arbeiten. MDR-Fernsehen 13. 9.

Seit dem 3. 8. 2005 ist das Vorstandsvergütungsoffenlegungsgesetz in Kraft. Wirksam wird es aber erst mit der Erarbeitung der Geschäftsberichte 2006. Wenn 75 Prozent der Aktionäre eine Offenlegung der Gehälter nicht wollen, ist das Gesetz wirkungslos. DLF 20. 9.

Die Vorstände der 30 größten deutschen Unternehmen haben im vorigen Jahr im Durchschnitt acht Prozent mehr Gehalt bekommen. Die größten Gehaltsprünge nach oben verzeichneten die Chefetagen von Adidas (plus 89 %) und Thyssen Krupp (plus 60 %). Die Chefs der Deutschen Bank bleiben mit einem Durchschnittsgehalt von 3,035 Millionen Euro pro Vorstand Spitzenverdiener ...

LVZ 21. 9.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

Neulich begegnete mir ein Hund, sein Herr und die Frage, ob ein Beißkorb wirklich ausreichend sei.

R. LOCHNER

Im Trinkwasser gepaddelt!



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzig_neue@t-online.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg,
Oststraße 39, 04420 Markranstädt.
Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

4. Oktober

Die nächste Ausgabe erscheint am 21. Oktober

Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40

• KLAUS HUHN